

Ausgabe 4 | 2016 4 EUR

B R E N N P U N K T


TIBET
INITIATIVE
DEUTSCHLAND e.V.

TIBET



FALSCHES SPIEL

Wie China die Menschenrechte aushöhlt



EINKAUFEN UND DAMIT TIBET UNTERSTÜTZEN!

Schmuck, Thangkas, Tibet-Bücher, Lokta-Papier und vieles mehr.
Mit Ihrem Einkauf unterstützen Sie unsere Arbeit für ein selbstbestimmtes Tibet!

Telefonische Bestellung und Beratung: 030 | 42 08 15 32

Luhe Lesein, hehu Lesein,

scheint die Zeit der starken Männer, der selbsternannten Autokraten und Diktatoren gekommen zu sein? Für all die Orbans, Putins, Erdogans, Dutertes und Modis? Eine äußerst bedenkliche Entwicklung in einer unruhigen Welt. Und China ist mitten drin, auch wenn es anders zu sein scheint. Nach Mao und Deng Xiaoping wurde in China ein System installiert, das eben keinen zweiten Mao hervorbringen sollte. In einem geordneten Verfahren sollten die Spitzenpositionen des Staates auf maximal zwei fünfjährige Legislaturperioden begrenzt werden. So war es bei den ehemaligen Präsidenten Jiang Zemin und Hu Jintao, und so sollte es auch bei Xi Jinping sein.

Im Herbst 2017 wird der Ständige Ausschuss des Politbüros nahezu komplett neu besetzt – zu viele der alten Mitglieder haben das inoffizielle Rentenalter erreicht. Aus diesem Kreis werden dann 2022 die designierten Nachfolger von Staatspräsident Xi Jinping und Ministerpräsident Li Keqiang bestimmt. Das bedeutet, entscheidende Weichenstellungen stehen schon im kommenden Jahr an. Es gibt erste Anzeichen, dass Xi Jinping das „System“ ändern, einen Machtwechsel verhindern und damit länger als erlaubt regieren könnte.

Im Oktober ließ sich Xi zum „Kern“ der aktuellen Führungsgeneration ernennen. Ein Ehrentitel, der wohl dazu dienen soll, seine Macht weiter zu festigen. Obwohl in der Partei hoch umstritten, ist er beim Volk auch dank seiner Anti-Korruptionskampagne durchaus beliebt. Er und sein Propagandaministerium haben indes einen Personenkult um ihn erschaffen, wie es ihn in China seit Mao nicht mehr gegeben hat. Vom kollektiven Führungsstil seiner Vorgänger hat sich Xi eindeutig verabschiedet. Er ist der „Vorsitzende von allem“.

Da heben sich die politischen Entscheidungen des Dalai Lama wohltuend von den Geschehnissen in der Welt ab. Der Friedensnobelpreisträger setzt auf Demokratie, die freie Wahl der Abgeordneten des Exil-Parlaments und des Ministerpräsidenten. Die Welt braucht keine „starken, autoritären Männer“, sondern Menschen mit starken Botschaften für Frieden, Demokratie und Menschenrechte.

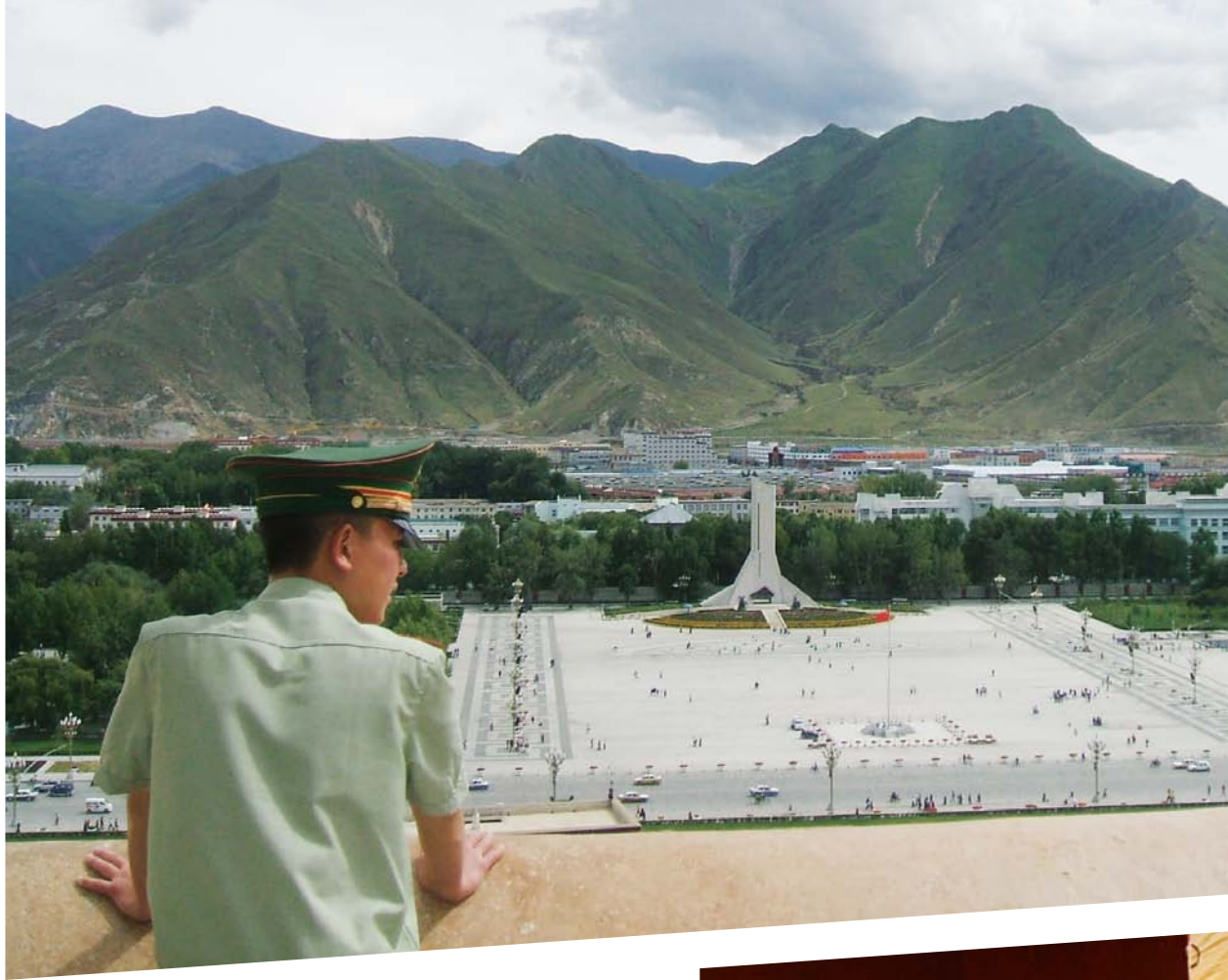
Ich möchte allen herzlich danken, die diese Botschaft weitertragen, den Kommunen, die seit 20 Jahren Flagge für Tibet zeigen, den vielen ehrenamtlichen Aktiven, Tibetfreunden, politischen Entscheidungsträgern, Unterstützern und Sponsoren.

Gemeinsam. Stark. Für Tibet.

Wolfgang Grader

Wolfgang Grader
Vorsitzender der Tibet Initiative Deutschland e.V.





16

INTERVIEW

„Chinesen, die für die Freiheit und ein würdevolles Leben kämpfen, werden von der Partei ebenso bekämpft wie Tibeter.“ |

Interview mit Chen Guangcheng, Anwalt und Dissident

20

AKTIONEN

Die TID beim Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Münster



8

TITELTHEMA

Falsches Spiel – Wie China die Menschenrechte aushöhlt

// von Tsering Tsomo

4 NACHRICHTEN

Larung Gar: Zerstörung und Massenvertreibung halten an | Jigme Guri aus der Haft entlassen | Tibetischer Schriftsteller einen Tag nach seiner Entlassung erneut inhaftiert | Mönch Tapey in Isolationshaft | Neues Gesetz: Religionsfreiheit in China wird weiter eingeschränkt | US-Außenministerium fordert Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Beijing und dem Dalai Lama | Zunehmender Druck auf Menschenrechtsverteidiger | Tibet Justice Center veröffentlicht Bericht über Situation tibetischer Flüchtlinge in Indien | Dalai Lama fordert EU zu konstruktiver Kritik an China auf | Uigurischer Bürgerrechtler Ilham Tohti mit Menschenrechtspreis ausgezeichnet

8 TITELTHEMA

Falsches Spiel – Wie China die Menschenrechte aushöhlt | von Tsering Tsomo

16 INTERVIEW

„Chinesen, die für die Freiheit und ein würdevolles Leben kämpfen, werden von der Partei ebenso bekämpft wie Tibeter.“ | Interview mit Chen Guangcheng, Anwalt und Dissident

19 STIMMEN FÜR TIBET

Paul Maar | Autor

20 AKTIONEN

Larung Gar | Tibet Support Groups Conference in Brüssel | FREE ME! | Die TID auf dem Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen | Tibet macht Schule | Mit Bußgeldern Gutes für Tibet tun

24 KOMMENTAR

„Shrinking Space“ – Chinas Politik gegen Menschenrechtsverteidiger | Kai Müller

26 5 FRAGEN AN ...

Palden Gyatso | Tibetischer Mönch und ehemaliger politischer Gefangener

27 KUNST IM WIDERSTAND

Gedicht aus einem Gefängnis Tibets

28 BERICHT AUS MUSTANG

Mustang – Das verborgene Königreich erwacht | Wolfgang Grader

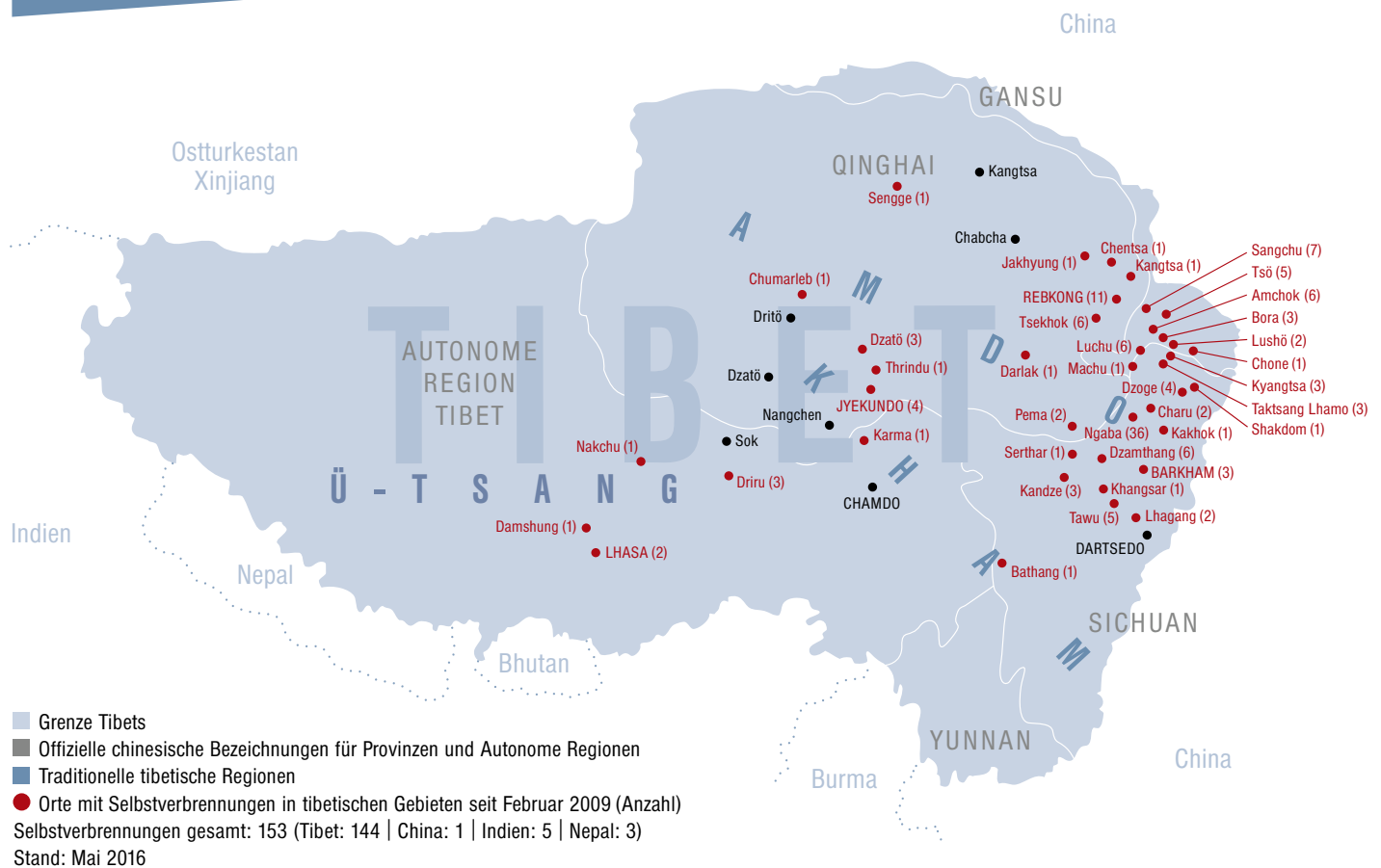
30 LESETIPPS

Anne F. Thurston & Gyalo Thondup: **The Noodle Maker of Kalimpong** | Chen Guangcheng: **Der barfußige Anwalt** | Jutta Mattausch: **Ladakh & Zanskar**

32 NOTIERT

Leserbrief | Impressum

33 TERMINE



Larung Gar: Zerstörung und Massenvertreibung halten an

Am 30. Oktober ist die erste Maßnahme im Rahmen des „8-Punkte-Plans“ zur Zerstörung des buddhistischen Lehrinstituts Larung Gar abgeschlossen worden. 1500 Gebäude sollten bis Ende Oktober im osttibetischen Serthar in Kardze auf Anordnung der chinesi-



schen Regierung niedrigerissen werden. Auch die Vertreibung der Nonnen, Mönche und Laien schreitet indes voran. Mehr als 300 Regierungsbeamte sollen Medienberichten zufolge dafür entsandt worden sein. Ursprünglich sollten „nur“ Bewohner aus der sogenannten Autonomen Region Tibet (TAR) Larung Gar verlassen. Davon abweichend, wiesen die chinesischen Behörden auch Studierende aus Qinghai, Gansu und Yunnan aus. Allein am 30. Oktober sind 300 Menschen, die aus Golog stammen, sowie 400 weitere aus Yulshul und anderen Regionen wie Chungchu, Ngaba und Dzamthang, vertrieben worden. Laut Radio Free Asia sollen es Anfang November insgesamt etwa 3000 gewesen sein. Die chinesische Regierung hatte zunächst versucht, der Massenvertreibung einen legalen Deckmantel zu verleihen: Nonnen und Mönche sollten sich „freiwillig“ zur Umsiedlung melden. Aus Angst vor einem Aufstand,

hat die Institutsleitung den Bewohnern geraten, dies in Erwägung zu ziehen. Hinter dem „Angebot“ stand jedoch gleichzeitig die Drohung, gar nicht mehr praktizieren zu dürfen, sollte man sich weigern. Am 31. Oktober wurde bekannt, dass die Nonnen und Mönche gezwungen werden, per Unterschrift zu garantieren, niemals wieder nach Larung Gar zurückzukehren. Tibeter vor Ort und im Exil haben berichtet, dass Vertriebene dazu genötigt werden, sich patriotischen Umerziehungsmaßnahmen zu unterziehen. Meist müssen tibetische Buddhisten dabei zum Beispiel dem Dalai Lama abschwören. Erst dann dürften sie wieder in ihre Heimatstädte zurückkehren. Bis Ende 2017 soll die Anzahl der in Larung Gar lebenden Nonnen, Mönche und Laien halbiert, d.h. auf maximal 5.000 begrenzt werden. //

→ Jetzt informieren und aktiv werden:
www.tibet-initiative.de/larung-gar



Jigme Guri aus der Haft entlassen

Am 26. Oktober ist Jigme Guri, auch Jigme Gyatso genannt, nach fünf Jahren aus dem Gefängnis entlassen worden. Der tibetische Mönch aus dem Labrang-Kloster war im August 2011 festgenommen und später wegen „separatistischer Aktivitäten“ verurteilt worden. Jigme Guri lebt seit seiner Freilassung im Haus seiner Mutter in Sangchu, Kanlho, in Ost-Tibet. In den Sozialen Medien berichteten Tibeter, dass er von einer Polizeieskorte zu seiner Familie gebracht worden sei, weil die Beamten Bilder eines herzlichen Empfangs vor dem Gefängnis in Lanzhou vermeiden wollten. Der offizielle Entlassungstermin hatte sich um einen Monat verzögert. Grund dafür könnte Jigme Guris Gesundheitszustand gewesen sein. Noch im März sorgte seine Verlegung in das Da Xia Ping Krankenhaus für große Besorgnis. Er wurde in Haft immer wieder gefoltert. Jigme Guri ist für seinen offenen Widerstand gegen die chinesische Unterdrückungspolitik bekannt und wurde wegen seines politischen Engagements bereits mehrfach inhaftiert. //

→ Lesen Sie mehr auf Seite 21



Tibetischer Schriftsteller einen Tag nach seiner Entlassung erneut inhaftiert

Der tibetische Autor und Lehrer Gangkye Drupa Kyab ist am 17. September, einen Tag nach seiner Entlassung aus dem Minyak Rangakha Gefängnis in Kham, erneut inhaftiert worden. Seine Familie hatte nach seiner Entlassung in ihrer Heimat in Serthar, Ost-Tibet, eine Willkommensfeier für den 37-Jährigen organisiert. Anschließend kursierten in den Sozialen Medien Bilder von Gangkye Drupa Kyab, die ihn mit einem Bild des Dalai Lama zeigen. Exiltibeter haben berichtet, dass er wegen der Bilder zu 15 Tagen Haft verurteilt worden sei. Doch bislang ist nichts über seine Freilassung bekannt. Tibet-Unterstützergruppen und das Tibetan Center for Human Rights and Democracy befürchten, dass Gangkye Drupa Kyab illegal festgehalten wird und sich einem Umerziehungsprogramm unterziehen muss. Der Autor war vor allem wegen seiner Schriften zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt worden. In dem Buch Blut-Briefe 2008, „Sajhi Tragdi Marpo“, beschreibt er die Repressionen in Tibet, die zu den schweren Protesten von 2008 im Jahr der Olympischen Spiele in China, geführt hatten. //

Mönch Tapey in Isolationshaft

Er war der erste Tibeter, über dessen Selbstverbrennung das Internationale Tibet Netzwerk im Februar 2009 berichtete. Tapey hatte sich am 27. Februar 2009 aus Protest gegen die chinesische Unterdrückungspolitik in Ngaba, Ost-Tibet, selbst angezündet und schwer verletzt überlebt. Zuvor hatten Behörden dem Kloster Kirti mitgeteilt, dass das große Gebetsfest Monlam in jenem

Jahr verboten würde. Über Tapeys Verbleib war lange nichts bekannt. Am 12. September berichtete Radio Free Asia, dass der heute 27-jährige Mönch im Deyang Gefängnis in Sichuan inhaftiert ist und für drei Monate in Isolationshaft gehalten wird, weil er sich gegen die Aufseher aufgelehnt haben soll. //



Neues Gesetz: Religionsfreiheit in China wird weiter eingeschränkt

Die chinesische Regierung hat ein neues Religionsgesetz verabschiedet, das die Rechte aller praktizierenden Buddhisten, Christen, Taoisten und Muslime noch weiter einschränkt. Menschenrechtsaktivisten und religiöse Gruppen kritisieren das Gesetz scharf, denn wie schon das Anti-Terror-Gesetz oder die Anti-Korruptions-Kampagne lassen die vagen Formulierungen viel Raum für Interpretation. Damit ist es Beijing unter anderem möglich, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wer als religiöser Extremist gilt und damit etwa gegen die nationale Sicherheit verstößt.

Auch private Religionsgemeinschaften müssen sich nun registrieren. Wer dieser Aufforderung nicht nachkommt, muss mit hohen Geldstrafen und Polizeirazzien rechnen. Die Angst davor, willkürlich eines Wirtschaftsverbrechens bezichtigt zu werden, ist groß. Vermeintliche Unterschlagungen könnten von den Institutionen als solches ausgelegt werden. Erstmals fallen auch Schulen aller Glaubensrichtungen unter das Religionsgesetz. Finanzen, Webseiten und Versammlungen jeder Einrichtung werden streng überwacht. Die Verfassung der Volksrepublik China sieht jedoch eigentlich Religionsfreiheit vor. //

US-Außenministerium fordert Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Beijing und dem Dalai Lama

Die US-Regierung hat in ihrem 14. Jahresbericht „Tibet Negotiations Report“ über die Tibet-Verhandlungen ihre Forderung nach einer Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der chinesischen Regierung und Vertretern des Dalai Lama erneut geltend gemacht. Aus dem Bericht, der dem US-Kongress am 19. August übermittelt wurde, geht hervor, dass die US-Regierung den Dalai Lama und seine Repräsentanten



Zunehmender Druck auf Menschenrechtsverteidiger – Anhörung im Deutschen Bundestag

Gemeinsam mit mehr als 30 Vertretern von Nichtregierungsorganisationen nahm die Tibet Initiative Deutschland am 28. September an der öffentlichen Anhörung zum Thema „Schutz von Menschenrechtsverteidigern“ im Bundestag teil. Geladen hatte der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dessen Vorsitzender Michael Brand (MdB/CDU) in seiner Begrüßungsrede unterstrich, dass ihm Tibet ein persönliches Anliegen sei, und bedauerte, dass der Ausschuss immer noch nicht nach Urumqi und Tibet reisen dürfe. Im weiteren Verlauf der Anhörung ging es aber nicht speziell um Tibet, sondern um Menschenrechtsverteidiger weltweit. Auf der Grundlage, dass die Spielräume für Menschenrechtsverteidiger allgemein kleiner werden, und der Druck auf sie immer weiter zunimmt, wurden politische sowie praktische Lösungen, wie z.B. Schutzunterkünfte für Menschenrechtsverteidiger oder Anstellung von Menschenrechtsbeauftragten in den deutschen diplomatischen Vertretungen erörtert und empfohlen. // Tsewang Norbu

→ Die Anhörung kann im Archiv des Bundestages angesehen werden: <http://dbtg.tv/cvid/7004969>

als konstruktive Partner für China ansieht, die maßgeblich zu einer Entschärfung der angespannten Lage in Tibet beitragen können. Seit 2010 ist der sino-tibetische Dialog eingefroren. Zwischen 2002 und 2010 haben insgesamt neun Dialogrunden zwischen Vertretern des Dalai Lama und der chinesischen Regierung stattgefunden. Dabei wurde den Tibetern wieder und wieder unterstellt, die Unabhängigkeit Tibets im Sinn zu haben. Die tibetische Exilregierung wiederholte im Gegensatz dazu immer wieder den Wunsch nach Verwirklichung echter Autonomie innerhalb der chinesischen Staatsgrenzen und legte hierzu auch ein Memorandum vor. Dennoch zeigt die chinesische Regierung seit 2010 keinerlei Gesprächsbereitschaft. //

Tibet Justice Center veröffentlicht Bericht über Situation tibetischer Flüchtlinge in Indien

Das Tibet Justice Center hat am 9. September auf der 7. Konferenz der Tibet-Unterstützergruppen in Brüssel seinen Bericht „Tibet's Stateless Nationals III – The Status of Tibetan Refugees in India“ vorgestellt. Darin werden der Rechtsstatus sowie die Lebensumstände der tibetischen Flüchtlinge unter sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten untersucht. Der Report spricht dabei unter anderem an, dass Indien trotz großzügiger Hilfe gegenüber tibetischen Flüchtlingen noch immer nicht die UN-Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat. Damit bleiben den Tibetern die vollen Bürgerrechte verwehrt, ihr Status ist politischen Veränderungen schutzlos unterworfen. Durch das Ausländer-Gesetz werden Tibeter in Indien als ebensolche registriert. Es beschränkt ihren Anspruch auf Besitz, Arbeit sowie Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Besonders die hohe Arbeitslosenquote unter den Tibetern stellt ein Problem dar. Da Flüchtlinge kein Land erwerben oder Unternehmen gründen dürfen und gleichzeitig bei Bildungsabschlüssen benachteiligt werden, verringern sich etwa ihre Chancen auf einen guten Arbeitsplatz. Schätzungen zufolge leben derzeit zwischen 94.000 und 130.000 Tibeter in Indien. //



Das Tibet Justice Center stellt seinen Bericht „Tibet's Stateless Nationals III – The Status of Tibetan Refugees in India“ vor.



Elmar Brok und der Dalai Lama im EU-Parlament

Dalai Lama fordert EU zu konstruktiver Kritik an China auf

Der Dalai Lama hat die Europäische Union am 15. September in Straßburg zu „konstruktiver Kritik“ an China aufgefordert und darum gebeten, sich für die Rechte der Tibeter einzusetzen. Zwar gebe es in China immer noch Verteidiger einer „harten Linie“ gegenüber Tibet, doch es gebe auch Hoffnung auf eine friedliche, dialogbasierte Lösung.

Er betonte abermals, dass er keine Abtrennung von China, sondern mit dem Mittleren Weg eine echte Autonomie anstrebt. Der Vorwurf aus Beijing sei unbegründet: „Die Chinesen müssen endlich verstehen, dass dieses Problem auf vernünftige Weise geregelt werden muss, denn es wird nicht einfach verschwinden.“ Im Vorfeld hatte die Führung in Beijing versucht, Einfluss auf das Treffen zu nehmen: „Das Europaparlament kann aber treffen, wen es will“, sagte der Ausschussvorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Elmar Brok (MdEP/CDU). //

Uigurischer Bürgerrechtler Ilham Tohti mit Menschenrechtspreis ausgezeichnet

Am 11. Oktober haben zehn Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty International und Human Rights Watch, Ilham Tohti mit dem Martin-Ennals-Preis geehrt und ihn damit für seinen friedlichen Einsatz für die Rechte der unterdrückten uigurischen Minderheit im Westen Chinas ausgezeichnet. Der 46-jährige Bürgerrechtler hat sich 20 Jahre lang für die Menschenrechte eingesetzt und sich um einen Dialog mit der chinesischen Regierung bemüht, die ihn jedoch „separatistischer Aktivitäten“ bezichtigte und 2014 dafür zu lebenslanger Haft verurteilte. International regte sich Kritik und Widerstand gegen dieses Urteil. Seither hat sein Anwalt Li Fangping keinen Kontakt mehr zu ihm. Seine Frau darf ihn alle drei Monate im Gefängnis in Xinjiang besuchen. Die chinesische Regierung hat die Vergabe des Preises an Tohti kritisiert. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Geng Shuang nannte sie eine „Einmischung in innere Angelegenheiten der Volksrepublik China und in ihr Rechtssystem“. //

// Alicia Barrera Pérez

Falsches Spiel

Wie China die Menschenrechte aushöhlt

// von Tsering Tsomo



Die Menschenrechte im chinesischen Machtbereich unterstanden schon immer der Interpretation und dem Primat der KP-Führung. Nicht internationale Abkommen und Maßstäbe, sondern die Kommunistische Partei (KPCh) definiert, was Menschenrechte sind und wie sie umgesetzt werden. Damit ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. So sieht das chinesische Strafrecht vor, dass Angeklagte nur nach Geständnissen verurteilt werden dürfen – was Folter zur Routine macht, um Geständnisse zu erzwingen. Alle Ankündigungen der KP-Führung, mehr Rechtssicherheit zu gewähren, verliefen bislang im Sand; im Gegenteil, die Situation hat sich unter Staatspräsident Xi Jinping seit 2012 sogar noch verschlechtert – in Tibet bereits seit dem Volksaufstand von 2008 und den 2009 begonnenen Selbstverbrennungen. Tsering Tsomo, die Geschäftsführerin des Tibetischen Zentrums für Menschenrechte und Demokratie (TCHRD) in Dharamsala, untersucht im folgenden Beitrag den Anspruch der Menschenrechte, den die KPCh erhebt, und welche Folgen sich daraus für die Menschen in China und Tibet ergeben.

Seit dem Ausbruch der Proteste in Tibet im Jahr 2008 hat sich die chinesische Regierung die größte Mühe gegeben, ihr Vorgehen gegen das tibetische Volk geheim zu halten. Anstatt für größere Transparenz zu sorgen, hat die Volksrepublik die Zensur aller Medien in Tibet weiter verschärft. Es gibt eine Sperre für alle unabhängigen Medien, einschließlich eines Einreiseverbots für ausländische Journalisten nach Tibet, und strengere Kontrollen gegen die Verbreitung von Informationen an der Basis. Innerhalb der Autonomen Region Tibet (TAR) und in vielen anderen tibetisch besiedelten Gebieten in ganz Tibet sind die staatlich kontrollierten Medien weiter die einzige Informationsquelle für die Menschen.

Im Lauf der Jahre hat sich der Apparat, der für die innere Sicherheit zuständig ist, so dramatisch ausgedehnt, dass Maßnahmen zur Wahrung der Stabilität (weiwen) heute zu einer Priorität für die chinesischen Behörden geworden sind. Die weiwen-Politik wird derweil von einer noch härteren, unverhältnismäßigen Antwort der chinesischen Sicherheitsbehörden gegenüber Nationalitäten, wie den Tibetern und Uiguren, bestimmt. Seit Ende 2011 hat das Regime seine Überwachungs- und Ausspähprogramme ausgebaut und neue Strategien und Kampagnen eingeführt, um eine engmaschige, noch aggressivere Kontrolle über die tibetische Bevölkerung zu ermöglichen. Dass sich daran etwas ändert, ist unwahrscheinlich.

Der Einparteienstaat beabsichtigt, das Gesetz auch weiterhin als Instrument gegen all diejenigen einzusetzen, die er als Bedrohung ansieht.

In Tibet wurde außerdem eine dramatisch hohe Zahl rechtlicher Reformen umgesetzt, die weitere Menschenrechtsverletzungen und die Verhängung härterer außergerichtlicher Strafen ermöglichen. Zwar hat der Einparteienstaat öffentlich erklärt, dass er für den Schutz und Aufbau von Rechtsstaatlichkeit arbeiten wolle, gleichzeitig hat er jedoch eine Reihe von Gesetzen verabschiedet und eine Politik umgesetzt, die zeigt, dass er beabsichtigt, das Gesetz auch weiterhin als Instrument gegen all diejenigen einzusetzen, die er als Bedrohung ansieht. Die Modifizierung der bestehenden Sicherheits- und Antiterror-Gesetze scheint nicht mehr als ein Vorwand der Regierung zu sein, auch weiterhin Menschenrechte zu verletzen.

Die chinesischen Behörden haben die staatlichen Maßnahmen und die Militarisierung Tibets drastisch ausgeweitet. Der Ausbau des Sicherheitsapparates in Tibet hat insbesondere seit dem Beginn der Selbstverbrennungsproteste im Jahr 2009 an Fahrt gewonnen. Die Zahl paramilitärischer Streitkräfte, die mit der Unterdrückung von Protesten beauftragt sind, wurde vor allem in den von Selbstverbrennungsprotesten betroffenen Gebieten aufgestockt. Das führte zu willkürlichen Inhaftierungen und Verhaftungen, außergerichtlichen Tötungen, Verschwindenlassen, eingeschränkter Bewegungsfreiheit und einer verstärkten Überwachung von Tibetern.



Cyber-Café in China: Auf der Suche nach unabhängigen Medien.



Ob in den Sozialen Netzwerken oder auf der Straße: Die chinesische Regierung baut ihr digitales und analoges Überwachungsnetz immer weiter aus.

Permanente Überwachung

Die Regierung der Volksrepublik China hat derweil Maßnahmen ergriffen, Tibeter unter ständige Überwachung zu stellen. So soll z.B. die Anstellung von mehr Beamten dazu dienen, Tibeter zu observieren, Berichte über sie anzufertigen und somit weitere Strafverfahren zu ermöglichen. Die Behörden setzen außerdem verschiedene Kollektivstrafmaßnahmen ein, um Selbstverbrennungen, sowie die Teilnahme an religiösen Festen und friedliche Proteste zu verhindern, indem sie unschuldige Menschen bestrafen, die mit den eigentlichen Vorkommnissen nichts zu tun haben. Nationale und lokale Kader versuchen so, verschiedene Formen von Protesten zu verhindern, ohne deren eigentliche Ursachen – die repressive Politik, der Tibeter tagtäglich ausgesetzt sind – anzugehen.

Das am 1.7.2015 verabschiedete Nationale Sicherheitsgesetz ist das Herzstück einer Reihe von Gesetzen, die den Behörden erlauben, mit harten und repressiven Maßnahmen gegen ihre eigenen Bürger vorzugehen.

In China wurden vor kurzem Gesetze verabschiedet, die die Unterstützung zahlreicher Initiativen mit Verhaftung und Inhaftierung von Zivilisten ahnden. Im tibetischen Kontext heißt das z.B., sich für die traditionelle tibetische Kultur, Religion oder buddhistische Werte auszusprechen oder die Rückkehr des Dalai Lama nach Tibet zu fordern.

Ein vage definierter Straftatbestand, wie wir ihn in mehreren Bestimmungen der neuen nationalen Sicherheitsgesetze Chinas finden können, verleiht den staatlichen Behörden eine stärkere rechtliche Grundlage, die als Bedrohung wahrgenommenen Aktionen von Aktivisten und Regierungskritikern einzudämmen. Das am 1. Juli 2015 verabschiedete Nationale Sicherheitsgesetz ist das Herzstück einer Reihe kürzlich verabschiedeter Gesetze, die den Behörden erlauben, mit harten und repressiven Maßnahmen gegen ihre Bürger vorzugehen. Auch die ersten Anti-Terror-Gesetze, die im Dezember 2015 verabschiedet wurden, hatten in Aktivistenkreisen große Besorgnis hervorgerufen, dass die Behörden Straftatbestände für politische Zwecke manipulieren könnten. Ihre Sorge war berechtigt, die Zahl der Anklagen in den Bereichen Nationale Sicherheit und Terrorismus hat sich im Jahr 2015 verdoppelt. Mindestens ein Dutzend Menschenrechtsanwälte und Aktivisten wurden in diesem Zeitraum der „Untergrabung der Staatsgewalt“ oder der „Aufstachelung zur Untergrabung der Staatsgewalt“ bezichtigt. Laut der 2012 geänderten Strafprozessordnung haben „die Strafverfolgungsbehörden weiterhin die Befugnis, Personen zu verhaften, die im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit oder Terrorismus verdächtig werden, und sie an einem von den Behörden bestimmten Ort für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten festzuhalten.“ Es ist ihnen außerdem „gestattet, den

Verdächtigen während der Dauer der Haft Zugang zu einem Anwalt zu verweigern.“

In Tibet sterben derweil immer mehr Menschen in Haft, meist durch Folter oder in Folge politisch motivierter Tötungen. Inhaftierte tibetische Demonstranten werden gefoltert, und ihnen wird medizinische Behandlung verweigert. Wer festgenommen wird, stirbt meist in den ersten Tagen nach der Festnahme oder während des Verhörs. Zeugenaussagen von ehemaligen politischen Gefangenen bestätigen, dass während der sich über Wochen, Monate und manchmal ein ganzes Jahr erstreckenden Vernehmungphase mit alarmierender Regelmäßigkeit Schläge und andere Foltermethoden eingesetzt werden.

Im Sterben liegende politische Gefangene aus medizinischen Gründen aus der Haft zu entlassen ist nur eine der Taktiken, die Zahl der Tibeter zu vertuschen, die an den Folgen der katastrophalen Haftbedingung sterben. Eine weitere beliebte Taktik ist, Familienmitglieder einzuschüchtern, um zu verhindern, dass diese sich öffentlich äußern. Solche Vorgehensweisen haben es den Behörden ermöglicht, eine unbekannte Anzahl von Todesfällen in Haft geheim zu halten. Informationskontrolle und eingeschränkte Transparenz deuten unterdessen darauf hin, dass die Zahl der unbekannteten Todesfälle in Haft wächst. Im Oktober 2016 zählte die Datenbank bekannter politischer Gefangener des TCHRD insgesamt 1.593 Tibeter, die entweder gerade verhaftet, bereits verurteilt oder gänzlich verschwunden sind. In Wahrheit ist das wohl nur ein Bruchteil der tatsächlichen Zahl, da die chinesische Regierung die Veröffentlichung der genauen Zahlen verweigert und Familien und Verwandte von politischen Gefangenen daran hindert, ihre Informationen mit der Öffentlichkeit zu teilen. Da Verwandte häufig Repressalien der Regierung fürchten müssen, bleibt die Dunkelziffer solcher Fälle weiterhin hoch.



Festnahmen sind in Tibet an der Tagesordnung. Der 22-jährige Mönch Sonam Yarphel wurde nach seinem Einzelprotest am 26. November 2014 in Sershul in Kardze festgenommen. Er hatte Freiheit für Tibet und die Rückkehr des Dalai Lama gefordert.

Die Drapchi-Nonnen – wie China seine eigenen Gesetze aushebelt

Das Schicksal von 14 Nonnen aus dem Gari-Kloster bei Lhasa ist heute beinahe in Vergessenheit geraten. Dabei sind sie ein besonders dramatisches Beispiel für die Missachtung der Menschenrechte in Tibet. Die 14 jungen Nonnen, damals zwischen 13 und 24 Jahre alt, waren 1993 verhaftet worden, weil sie sich an einer Demonstration für die Unabhängigkeit Tibets beteiligt hatten. Im Drapchi-Gefängnis waren sie brutalsten Foltermethoden ausgesetzt. Davon ließen sie sich jedoch nicht brechen. Weil sie im Gefängnis die tibetische Nationalhymne und andere Lieder sangen, wurden ihre Strafen auf bis zu 18 Jahre erhöht. Das betraf unter anderem Ngawang Sangdrol, die bei ihrer ersten Verhaftung gerade 13 Jahre alt und nach chinesischem Gesetz noch nicht einmal strafmündig war. Als sie bei einem Rapport im strömenden Regen „Freiheit für Tibet“ rief, wurde sie vor den Augen aller zusammengeschlagen und in eine Einzelzelle ohne Licht und ausreichend Nahrung gesteckt. Nachdem ihre Gesundheit völlig ruiniert war, ließ man sie im Oktober 2002 frei. Im März 2003 durfte sie zur medizinischen Behandlung in die USA ausreisen, wo sie bis heute lebt und sich für die Freiheit Tibets einsetzt. Sie leidet allerdings noch immer unter starken Kopfschmerzen, Nieren- und Magenproblemen – alles Folgen der Haft. Nicht alle der Nonnen haben dieses Martyrium überlebt. Die 24-jährige Gyaltzen Sherab starb im Februar 1995 an den Folgen ihrer Inhaftierung. 2004 wurden die letzten der noch lebenden Gari-Nonnen, nicht zuletzt dank massivem internationalem Druck, aus dem Gefängnis entlassen.



Gewaltsame Unterdrückung von Protesten im osttibetischen Serthar im Januar 2012, bei der auch mehrere Tibeter durch Schüsse schwer verletzt oder sogar getötet wurden.

Selektive statt universelle Menschenrechte

Es ist weithin bekannt, dass in Tibet mit erschreckender Regelmäßigkeit Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden. Trotz der berechtigten Kritik der internationalen Gemeinschaft an der Unterdrückung der grundlegenden Menschenrechte in Tibet, beschuldigt die chinesische Regierung internationale Regierungen, NGOs und andere Gruppen der Zivilgesellschaft, stattdessen der Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten. Sie lenkt weiter vom Thema Menschenrechte ab, indem sie unter dem Vorwand der Souveränität und der territorialen Integrität Menschenrechtsverletzungen innerhalb ihrer Grenzen rechtfertigt. Regelmäßig zieht die Regierung ihre wirtschaftlichen Wachstumswahlen sowie die anhaltende Entwicklung des Landes als Beweis für ihre Leistung und Fortschritte im Bereich der Menschenrechte heran.

Dem Eigenlob und den Statistiken, die die Volksrepublik gerne in ihren vielen Weißbüchern zu Tibet auflistet, liegt eine Menschenrechtsphilosophie zu Grunde, die das internationale Menschenrechtssystem grundsätzlich missversteht. Die Volksrepublik ist blind gegenüber den unteilbaren und universellen Menschenrechten und gegenüber der Tatsache, dass die Wahrung der Menschenrechte Taten erfordert, nicht nur hohle Absichtserklärungen. Geht man von der chinesischen Definition aus, so sind die Menschenrechte teilbar und unabhängig voneinander. Wirtschaftliche Entwicklung und die entsprechenden Rechte werden als vorrangig erachtet. In einem ihrer Weißbücher zur Situation der Menschenrechte behauptete die Volksrepublik im Jahr 2013, es sei „unmöglich, die Rechte und Interessen der Menschen zu schützen, ohne zunächst die Wirtschaft zu entwickeln, um Menschen zu ernähren und zu kleiden.“ Mit der Aussage, dass Nahrung

Wenn Menschen gefoltert oder getötet werden, dann macht es keinen Unterschied, ob ihre Mägen zu dem Zeitpunkt gefüllt waren, als ihre Rechte verletzt wurden.

notwendig sei, ehe andere Rechte, wie bürgerliche und politische diskutiert werden könnten, erkennt China nur die Hälfte des Menschenrechtssystems an und fällt in die Rhetorik des Kalten Krieges zurück.

Es ist wahr, dass das Recht auf Nahrung notwendig ist, um die anderen Menschenrechte wahrnehmen zu können. Das gilt allerdings nicht nur für wirtschaftliche Rechte, wie die Volksrepublik gerne behauptet. Wenn Menschen gefoltert oder getötet werden, dann macht es keinen Unterschied, ob ihre Mägen zu dem Zeitpunkt gefüllt waren, als ihre Rechte verletzt wurden. Ebenso ist es unmöglich, andere Menschenrechte auszuüben, wenn man willkürlich verhaftet oder geschlagen wird. Welchen Unterschied macht es wirklich, wenn Tibeter in Tibet die neuesten technischen Spielzeuge und Smartphones besitzen, wenn ihr Recht auf Privatsphäre und infolgedessen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung systematisch verletzt wird? Zu verkennen, dass nicht-wirtschaftliche Rechte für die Verwirklichung aller Menschenrechte unerlässlich sind, ignoriert die Unteilbarkeit der Menschenrechte, auf der das internationale Menschenrechtssystem basiert.



Auf dem Kongress der KPCh 2012 in Beijing. Zum Abschluss des einwöchigen Parteitagess hatten die Delegierten einen Führungswechsel gebilligt. Mit Xi Jinping als Staatspräsident hat sich die Menschenrechtslage keineswegs verbessert.



Smartphones und Tablets sind der moderne Inbegriff freier und globaler Kommunikation. In Tibet und China werden digitale Geräte dauerüberwacht. Gleichzeitig gelingt es Tibetern immer wieder Videos aus Tibet herauszuschuggeln, die die verheerende Menschenrechtslage dokumentieren. Viele riskieren damit jedoch ihre Freiheit, nicht selten auch ihr Leben.



In Tibet gehört das Militär zum Straßenbild. Festnahmen sind willkürlich, treffen kann es jeden.

Ein Staat kann sich nicht aussuchen, welche Menschenrechte er umsetzen und welche er ignorieren möchte, und doch ist es genau das, was die Volksrepublik China macht. Dies ist besonders beunruhigend, da die chinesische Regierung für die Wahrung der Menschenrechte von 1,3 Milliarden Menschen verantwortlich ist, deren Leben und Tod buchstäblich davon abhängen, wie die Regierung diese interpretiert und anwendet.

Es ist außerdem wichtig anzumerken, dass die Führung in Beijing das Konzept der wirtschaftlichen Entwicklung ins Extreme treibt, weit über die Ernährung und Kleidung der Menschen hinaus. Die internationalen Menschenrechtsabkommen listen alle Rechte auf, die für ein Leben in Würde notwendig sind. Menschen, denen Nahrung oder persönliche Sicherheit fehlt, müssen ihre Rechte erst einfordern, während diejenigen, die objektiv Nahrung und persönliche Sicherheit genießen, nur selten über diese Rechte nachdenken müssen. Trotzdem verwendet die Volksrepublik Beispiele von Menschen, die objektiv Rechte genießen, und ignoriert diejenigen, die aktiv versuchen, ihre Rechte geltend zu machen. Als Beispiele für wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt erwähnt die chinesische Regierung gerne solch positive Dinge wie private Auslandsreisen, den Besitz eines eigenen PKW, verfügbares Einkommen, Online-Gaming und Sportanlagen; alles keine Menschenrechte. Im Gegensatz dazu finden die Bedürfnisse der Schwächsten, wie die wachsende Schuldenlast für umgesiedelte tibetische Nomaden, die Tatsache, dass Tibeter weniger Lohn als Chinesen für gleiche Arbeit erhalten, oder die weitverbreitete Misshandlung von tibetischen politischen Gefangenen, keinerlei Erwähnung. Aus der chinesischen Position zu den Menschenrechten ist daher nur eine Schlussfolgerung zu ziehen: Menschenrechte gelten nur für

die Reichen, die ihr Geld dazu verwenden können, ins Ausland zu reisen und Autos zu kaufen, und nicht etwa für die Armen, Schutzlosen und gesellschaftlichen Randgruppen. Die Regierung der Volksrepublik scheitert auch weiterhin daran, anzuerkennen, dass Menschenrechte universell sind und für alle Menschen, unabhängig von Reichtum oder politischem Einfluss, gelten müssen.

Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Dadurch, dass sie öffentliche Absichtserklärungen mit Fortschritt gleichsetzt, behandelt die chinesische Regierung die Menschenrechte darüber hinaus als rein abstraktes Konzept ohne wirkliche Substanz. Doch die Menschenrechte werden nicht durch abstrakte Werte, Hoffnungen oder Erklärungen umgesetzt. Tatsächlich sind es ganz bestimmte Praktiken, die als Garantie der in den Menschenrechtskonventionen dargelegten Rechte wirken. Daher sind zum Beispiel Statistiken über die Anzahl neu gebauter Schulen in der Volksrepublik vollkommen sinnlos, ohne zu wissen, wie viele Kinder die Schulen tatsächlich besuchen. So hat etwa eine unabhängige

Das chinesische Recht schützt die Menschenrechte auf dem Papier, bleibt aber Taten schuldig.



Tibetische Kinder in Dharamsala. Hier dürfen sie Tibetisch sprechen und schreiben. In Tibet steht zuallererst Chinesisch auf dem Lehrplan.

im Jahr 2009 durchgeführte Studie der chinesischen Nichtregierungsorganisation Gongmeng gezeigt, dass die Abbrecherquote in den Grundschulen in den tibetischen Gebieten bei bis zu 30 Prozent lag, und dass das durchschnittliche Bildungsniveau nicht über das Grundschulniveau hinausging. Laut einer TCHRD-Analyse offizieller Volkszählungsdaten aus dem Jahr 2010, lag die Anzahl der in Junior High Schools angemeldeten Schüler in der Autonomen Region Tibet bei 12.850 pro 100.000 Einwohnern, weit hinter dem nationalen Durchschnitt von 38.788. Die Kluft in den Senior High Schools und Fachoberschulen war sogar noch größer, 4364 pro 100.000 Einwohner in der TAR im Vergleich zu 14.032 pro 100.000 Einwohner im Landesdurchschnitt.

Ähnlich verhält es sich mit der Zahl der Gesetze und Verwaltungsvorschriften, die China als scheinbare Reformmaßnahmen verabschiedet hat. Wenn Gesetze nicht durchgesetzt werden, dann sind sie vollkommen nutzlos. Tatsächlich gibt es in China zwei verschiedene Arten von Gesetzen: Das eine wird angewandt, das andere steht nur auf dem Papier. Die chinesische Regierung neigt dazu, sich nur auf Letzteres zu konzentrieren und dementsprechend nicht wirklich über Menschenrechtsfragen zu sprechen. So ist zum Beispiel Folter durch chinesisches Recht verboten, chinesische Gefängniswärter foltern Gefangene jedoch routinemäßig, ohne Konsequenzen für ihren offensichtlichen Rechtsbruch befürchten zu müssen. So werden beispielsweise keinerlei Anstrengungen gemacht, durch Folter hervorgerufene blaue Flecken oder Knochenbrüche zu verbergen. Darüber hinaus haben kleine Reformen der chinesischen Strafprozessordnung die Verwendung von unter Folter erzwungenen Geständnissen als illegale Beweismittel aus Gerichtsverfahren ausgeschlossen.

Allerdings müssen die Opfer beweisen können, dass sie gefoltert wurden, und die Strafe für Folter ist bloß der Ausschluss von Beweisen und nicht etwa die strafrechtliche Verfolgung verantwortlicher Regierungsbeamter.

Das chinesische Recht schützt die Menschenrechte auf dem Papier, bleibt aber Taten schuldig. Es ist damit genauso bedeutungslos wie alle anderen chinesischen Gesetze oder Erklärungen. Wenn es die Regierung der Volksrepublik mit den Menschenrechten wirklich ernst meint, dann muss sie Menschenrechtsverletzer endlich zur Rechenschaft ziehen und unabhängige Kontrollmechanismen zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen schaffen. Zumindest könnte sie es unabhängigen Gremien, wie dem Internationalen Roten Kreuz, ermöglichen, Haftanstalten und Gefängnisse

Die den Menschenrechten in der Volksrepublik China zugrundeliegende Philosophie ist beunruhigend, da sie davon ausgeht, dass die Menschenrechte teilbar und für die Reichen wichtiger sind als für die Armen und Marginalisierten.

Die internationale Gemeinschaft sollte von der chinesischen Regierung echte Reformen in Bezug auf ihr Menschenrechtsverständnis einfordern.

zu besuchen. Im November 2012 blieben zwölf Anträge der UN-Sonderberichterstatter, Tibet zu besuchen und die Situation vor Ort zu begutachten, unbeantwortet. Obwohl China die im Oktober 2013 beim Universal Periodic Review des UN-Menschenrechtsrates gemachte Empfehlung, den Besuch des UN-Hochkommissars für Menschenrechte zu ermöglichen, akzeptiert hat, hat dieser Besuch noch immer nicht stattgefunden.

Reformen einfordern

Selbst wenn China Gesetze verabschiedet, die sich auf die Menschenrechte beziehen, ist es unklar, ob diese tatsächlich die Menschenrechtslage verbessern. Im Jahr 2013 kündigte die Volksrepublik die Abschaffung des gefürchteten „Umerziehung durch Arbeit“-Systems (Laojiao) an, eine Art außergerichtliche Bestrafung, die lange und heftig kritisiert worden war. Jedoch setzt die Staatsmacht, vor allem Polizei, Militärpolizei und Staatssicherheit, auch weiterhin andere Formen außergerichtlicher Inhaftierung ein, und in manchen Fällen werden die „Umerziehung durch Arbeit“-Einrichtungen nach einer Umbenennung in „Drogenrehabilitationszentren“ weitergeführt. Im Oktober 2014 versprach der chinesische Präsident Xi Jinping, die Rechtsstaatlichkeit seines Landes zu verbessern. Neun Monate später wurden in der größten Kampagne seit dem Tiananmen-Massaker 1989 etwa 250 Menschenrechtsanwälte, Rechtsanwaltsgehilfen und Aktivisten verhaftet, entführt, unter Hausarrest gestellt oder inhaftiert.

Ein immer wiederkehrendes Thema ist das Ausmaß in dem die VR China in vielen Äußerungen zum Thema Menschenrechte das allgemein gültige Menschenrechtskonzept umdichtet und dabei immer wieder seine Vorbehalte gegenüber dem universellen Charakter der Menschenrechte zum Ausdruck bringt. Die chinesische Regierung betont, dass wirtschaftliche Entwicklung der einzige Indikator für die Achtung der Menschenrechte in Tibet sei. Inwieweit diese wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich im Leben der Tibeter in Tibet zum Tragen kommt, ist allerdings eine ganz andere Frage. Was haben Menschenrechte mit dem Besitz eines Motorrads oder eines Kühlschranks zu tun? Einige der Tibeter, die durch Selbstverbrennungsproteste starben, nutzten ihre Motorräder,

um an den Ort ihres Protestes zu gelangen. Dort starben sie mit der Forderung nach Menschenrechten und Freiheit. Die den Menschenrechten in der Volksrepublik China zugrundeliegende Philosophie ist beunruhigend, da sie davon ausgeht, dass die Menschenrechte teilbar und für die Reichen wichtiger sind als für die Armen und Marginalisierten. Sie versucht außerdem, die Tatsache zu verschleiern, dass Menschenrechte vor allem praktischer Natur sind, die eine wirkungsvolle Umsetzung nicht nur auf dem Papier, sondern auch durch Taten erfordert. Das Menschenrechtsverständnis der chinesischen Regierung ist unvereinbar mit dem internationalen Menschenrechtssystem. Bis die Volksrepublik bereit ist, dieses Problem anzugehen, werden alle Änderungen ihrer tatsächlichen Leistungen im Bereich Menschenrechte weiterhin hauptsächlich oberflächlicher Natur sein. Die internationale Gemeinschaft sollte sich dieses grundlegenden Missverständnisses annehmen und von der chinesischen Regierung echte Reformen in Bezug auf ihr Menschenrechtsverständnis einfordern. //

// Übersetzt aus dem Englischen von David Demes



DIE AUTORIN

Tsering Tsomo ist Geschäftsführerin des Tibetan Center for Human Rights and Democracy (TCHRD), das 1996 als erste tibetische Nichtregierungsorganisation in Dharamsala,

Indien, gegründet worden ist. Sie ist im Exil geboren und hat an der New York University Journalismus studiert. Als Journalistin hat sie unter anderem für Tibetan Review, Asia Times Online, Daily Pioneer und Border Affairs geschrieben. Tsering Tsomo arbeitet vor allem für die Aufklärung über die Menschenrechtslage in Tibet. Ehe sie 2011 zum TCHRD wechselte, arbeitete sie als Medienkoordinatorin im Büro des Dalai Lama in Neu Delhi und als Researcherin und Pressereferentin bei der Tibetan Women's Association.

„Chinesen, die für die Freiheit und ein würdevolles Leben kämpfen, werden von der Partei ebenso bekämpft wie Tibeter.“

Interview mit dem chinesischen Dissidenten Chen Guangcheng

Chen Guangcheng, geboren 1971, ist einer der bekanntesten chinesischen Dissidenten und Menschenrechtsaktivisten. Der seit seiner Kindheit blinde Sohn einfacher Bauern brachte sich mit 21 Jahren selbst die Blindenschrift bei. Obwohl er eine Ausbildung zum Masseur absolviert hatte, interessierte er sich bald für juristische Texte. Er fand heraus, dass seine Eltern zu Unrecht besteuert wurden, denn Behinderte müssen nach chinesischem Recht keine Steuern zahlen. Er intervenierte – mit Erfolg. Später engagierte er sich gegen Zwangssterilisierungen und – abtreibungen und kritisierte öffentlich die Ein-Kind-Politik. Dadurch kam er mit dem Staatsapparat in Konflikt und wurde 2006 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung stand er unter strengem Hausarrest. Als es seiner Frau gelang, ein Video über seine Lebensbedingungen ins Ausland zu schmuggeln, wurde er von Sicherheitskräften krankenhauserreif geschlagen. Auch seine Familie wurde misshandelt. Im April 2012 floh er mit Hilfe von Freunden in die amerikanische Botschaft. Nach diplomatischem Tauziehen konnte er einen Monat später mit seiner Frau und den zwei Kindern in die USA ausreisen. Seine Fluchthelfer wurden angeklagt und zu Gefängnisstrafen verurteilt.

In seiner neuen Heimat informiert er in Vorträgen und Publikationen, aber auch in Gesprächen mit hochrangigen Politikern über die Situation in der Volksrepublik. Im September besuchte er die Internationale Tibet-Konferenz in Brüssel. Chen Guangcheng wurde mit zahlreichen Menschenrechtspreisen ausgezeichnet.

Klemens Ludwig sprach mit ihm über die Menschenrechtssituation in China, die Perspektiven eines Wandels und das Vorgehen der chinesischen Regierung in Tibet. Übersetzt wurde das Gespräch von Danica Mills.

Als Xi Jinping 2012 die Macht in China übernommen hat, gab es die Hoffnung auf eine etwas liberalere Phase, weil sein Vater in den 1950er Jahren zum liberalen Flügel der Kommunistischen Partei (KPCh) gehört hatte. Die Hoffnung hat sich nicht bewahrheitet. Wie sehen Sie die Entwicklung?

Ich hatte diese Hoffnung nie. Xi Jinping ist Teil des Machtapparates, sonst wäre er nicht dorthin gekommen, wo er heute ist. Die KPCh lässt sich nicht liberalisieren oder modernisieren. Es ist wie mit einem alten Auto, man kann es nicht mit ein paar kleineren Reparaturen wieder in Gang kriegen, sondern nur mit einer grundlegenden Veränderung. So ist es auch mit der Partei.

Aber es gab doch in den 1980er Jahren unter Hu Yaobang eindeutig eine liberalere Phase.

Ich sehe auch in der damaligen Zeit keinen grundlegenden Kurswechsel, und darauf kommt es an. Es mag kleinere Veränderungen gegeben haben, aber das war nichts Wesentliches. Viel entscheidender als die Frage der Ausrichtung der Partei ist die nach dem Bewusstsein der Menschen in China; nach ihrem Erwachen. Erst wenn das geschieht, könnten sich Teile der Partei auf die Seite des Volkes stellen und Geschichte schreiben. Mit der Partei allein aber wird kein Wandel möglich sein.

Woher kann der Wandel denn kommen? 1989, bei den Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens, schien er sehr nahe.

1989 waren überwiegend Studenten, einige Arbeiter und Städter an den Protesten beteiligt, nicht aber die ländliche Bevölkerung, die den Hauptteil der Gesamtbevölkerung



Chen Guangcheng und der Dalai Lama bei der International Tibet Support Groups Conference im September in Brüssel

„Es gibt in China über 300.000 Proteste pro Jahr, aber die Great Firewall of China verhindert, dass die Informationen nach außen dringen.“

ausmacht. Heute sind weit mehr Menschen mit der Situation unzufrieden. Sie begehren auf, weil sie wissen, dass sie vom System nichts mehr erwarten können.

Wo aber finden diese Proteste statt? Man sieht nichts von ihnen.

Es gibt in China über 300.000 Proteste pro Jahr. Bei den meisten handelt es sich um unkoordinierte, individuelle Aktionen. Aber die Great Firewall, die die chinesische Zensur errichtet, verhindert, dass die Informationen nach außen dringen. Dabei handelt es sich jedoch um weit mehr als nur um Zensur. Auch Einschüchterung spielt eine wichtige Rolle. Die Menschen haben Angst, darüber zu reden. Sogar die ausländischen Journalisten im Land haben Angst, diese Themen aufzugreifen, weil sie wissen, dass dies schwerwiegende Folgen für sie haben kann. Gleichzeitig findet aber auch ein Erwachen statt, und die Menschen spüren das. Es wird ihnen immer mehr bewusst.

Können Sie einzelne Protestaktionen beispielhaft beschreiben?

Häufig sind Umweltzerstörungen der Auslöser. Wenn ein Fluss, an dem die Bauern schon immer ihre Tiere getränkt haben, durch Industrieanlagen so verseucht wird, dass die Tiere krank werden und sterben, dann versammeln sich die Menschen vor der nächsten Parteizentrale oder dem Verwaltungsgebäude, um ihren Ärger und Protest auszudrücken. Oder die Behörden enteignen einfach Land und zerstören Häuser, wo Bodenschätze abgebaut werden sollen. Dann versuchen die Bewohner, eine Petition an übergeordnete Stellen oder gar die Regierung zu richten, denn sie sind ja im Recht, und die Eingabe von Petitionen hat eine gewisse Tradition.

Wie reagiert der Staat dann?

Fast immer mit Gewalt. Wer eine Petition verfasst, bekommt Besuch von der Polizei. Wenn sich Menschen mit einer Petition gegen ein Unternehmen wehren, kann es passieren, dass die Behörden die Petition an genau das Unternehmen weiterleiten, damit es weiß, wer sich dagegen gewandt hat. Damit bekommt es freie Hand gegen seine Kritiker. Manchmal werden die Initiatoren der Protestaktionen sogar gekidnappt und verschwinden, in einigen Fällen werden sie direkt getötet. Und die Willkür geht noch weiter. Wenn Anwälte einen solchen Fall übernehmen, müssen sie ebenfalls damit rechnen, Ziel der Verfolgung zu werden. Sie werden aus irgendwelchen fadenscheinigen Gründen angeklagt und kriminalisiert. Die Gesetze gelten nicht für die Anwälte und erst recht nicht für die einfachen Menschen. Von Rechtsstaatlichkeit oder Rechtssicherheit kann also nicht einmal im Ansatz die Rede sein.

Und es gibt keine Möglichkeit, dies in einem größeren Rahmen öffentlich zu machen?

Nicht in den staatlich kontrollierten Medien, sie sind Teil des Machtapparates. Das Gegenteil ist der Fall, das Fernsehen als Teil des Systems übt sich darin, Proteste zu kriminalisieren. Manchmal erscheinen dort eingeschüchterte Menschenrechtsanwälte und üben Selbstkritik, als ob sie die Kriminellen wären. Gleichzeitig verbreitet das Fernsehen nur die offizielle Position in dem Konflikt. Umweltverbrechen werden bagatellisiert, die Protestierenden zu Hooligans gemacht. Aber die Menschen selbst erleben ihre Lage ganz anders.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass ein großer Teil der Bevölkerung nicht hinter dem politischen System steht, übt die Partei dennoch eine große Anziehungskraft aus. Angeblich sind die Wartelisten für eine Aufnahme lang. Schließlich ist die Mitgliedschaft das beste Sprungbrett für eine Karriere.

Ja, das stimmt, gerade für die Mittelklasse ist es sehr nützlich und effektiv, der Partei anzugehören. Aber das geschieht nicht aus Idealismus oder Überzeugung. Man findet deshalb in der KP nicht viele, die wirklich an die Ideale der Partei glauben. Das ist alles sehr oberflächlich und hängt mit dem eigenen Vorteil zusammen.

Und dennoch, können nicht auch solche eigennützigen Motive Zusammenhalt herstellen? Blockiert das nicht die nötige Veränderung?

Nein, denn die Leute, die nur aus persönlichen Gründen in die Partei eintreten, stützen sie nicht wirklich. Als ich noch in China gelebt habe, haben mir Parteimitglieder selbst erzählt, „ich mache den Job, weil ich von der Partei bezahlt werde“. Gleichzeitig entwickelt sich eine Zivilgesellschaft ohne die Partei. Die Menschen werden mutiger und begehren auf, wie ich schon erwähnt habe.

Haben Sie von den ideologisch nicht gefestigten Parteimitgliedern jemals Unterstützung bei Ihren Aktivitäten erfahren?

Nein, sie konnten mich nicht unterstützen, weil das zu gefährlich für sie ist. Einige haben mir aber im Vertrauen gesagt: „Wenn die Partei stürzt, werde ich das laut begrüßen.“

Gibt es einen Unterschied in der Behandlung von Chinesen und sogenannten Minderheiten wie den Tibetern?

Die grundlegende Situation ist die gleiche: Chinesen, die für die Freiheit und ein würdevolles Leben kämpfen, werden von der Partei ebenso bekämpft wie Tibeter, die für diese Rechte eintreten. Wir sind alle Zielscheibe der Diktatur der Kommunistischen Partei. Das müssen wir wirklich verstehen.

„Einige Parteimitglieder haben mir im Vertrauen gesagt: Wenn die Partei stürzt, werde ich das laut begrüßen.“

„Wenn wir unsere gemeinsame Zukunft verändern wollen, dann müssen wir Hand in Hand arbeiten für ein freies, demokratisches, rechtsstaatliches China.“

Wenn wir unsere Zukunft verändern wollen, dann müssen wir Hand in Hand arbeiten für ein freies, demokratisches, rechtsstaatliches China. Solange das ganze Land eine Geisel der Partei ist, werden wir alle in Sklaverei leben. Die Partei wird nicht einzelnen Gruppen mehr Rechte gewähren als anderen. Das dürfen wir nie aus den Augen verlieren. Und wenn die Partei irgendwo so stark unter Druck ist, dass sie Konzessionen machen muss, dann wird sie alles daran setzen, diese so schnell wie möglich zurückzunehmen. Das erleben wir derzeit in Hongkong. Dennoch muss ich auch sagen, dass die Methoden der Repression in China und Tibet zum Teil unterschiedlich sind.

Können Sie das näher erläutern?

Ein Beispiel dafür sind die Selbstverbrennungen.

Die es auch in China gibt?

Sehr viel weniger als in Tibet, aber einzelne Fälle gibt es, zum Beispiel von einer Frau, deren Haus von den Behörden enteignet worden ist. Sie wusste keinen Ausweg mehr und wählte die Selbstverbrennung. Dann gehen die Behörden hin und spielen den Vorfall herunter. Sie sagen, es war nur ein kleines lokales Ereignis, ohne politischen Hintergrund. In Tibet reagieren sie genau umgekehrt. Dort werden die Selbstverbrennungen politisiert und für die Kampagne gegen den Dalai Lama instrumentalisiert. Es heißt dann immer, der Dalai Lama initiiere solche Aktivitäten, mit denen das Land gespalten werden sollte. Zudem ist das Vorgehen in China nicht ganz so hart. Während in Tibet die Angehörigen derer, die sich selbst verbrennen, kriminalisiert und verurteilt werden, bleibt es in China bei einem Hausarrest.

Herzlichen Dank für das Gespräch und Ihnen weiterhin viel Erfolg für Ihre Arbeit.

// INTERVIEW: Klemens Ludwig

PAUL MAAR

AUTOR

„Durch die Omnipräsenz von Kriegs- und Terrorbildern aus dem Nahen Osten in den Medien besteht die Gefahr, dass die Lage in Tibet nicht nur in den Medien, sondern auch im allgemeinen Bewusstsein mehr und mehr in Vergessenheit gerät. Deshalb finde ich es wichtig, nachdrücklich auf dieses jahrzehntelange Unrecht hinzuweisen.“



Wir setzen uns ein für Larung Gar! Hier beim TID-Regionaltreffen Nord, Anfang November, in Celle.



Michael Brand (CDU), Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses

#StandWithLarungGar

Larung Gar: Zerstörung und Vertreibung stoppen!

Mehr als 1000 Gebäude wurden bereits in Larung Gar zerstört, Hunderte Nonnen und Mönche vertrieben. Dem weltweit größten Lehrinstitut für den tibetischen Buddhismus droht das Aus. Die Menschen im osttibetischen Serthar brauchen jetzt unsere Unterstützung. Werden Sie Teil der internationalen Bewegung für Larung Gar und werden Sie aktiv!



→ Unterzeichnen und teilen Sie unsere Petition: www.tibet-intiative.de/larung-gar
Informieren. Mitmachen. Weitersagen.

„Die chinesische Führung kann nicht auf der einen Seite Tibet mit seinen weltweit einzigartigen kulturellen und religiösen Stätten als Touristenattraktion vermarkten und zeitgleich die Zerstörung eben dieser einzigartigen Kultur vorantreiben. Auch China muss einen souveränen, offenen und toleranten Umgang mit Religionsfreiheit und kultureller Identität unter Beweis stellen, wenn es nicht Gefahr laufen will, sein Gesicht als moderner und stabilisierender Faktor zu verlieren. Die Tibeter sind nicht aggressiv gegenüber anderen, und es gibt überhaupt keinen Grund aggressiv gegenüber den Tibetern zu sein.“

// Michael Brand, Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im Deutschen Bundestag

7. Internationale Tibet-Konferenz in Brüssel

Weltweit gibt es mehr als 180 Tibet Unterstützergruppen. Schwer, sie alle zusammenzutrommeln. Doch Anfang September war es wieder soweit. Mehr als 250 Vertreter aus etwa 50 Ländern kamen vom 8.–10. September in Brüssel zur „7th International Conference of Tibet Support Groups“ zusammen und haben ein deutliches Zeichen der ungebrochenen Solidarität für Tibet gesetzt. Beeindruckend war das Zusammenspiel von Kreativität und Motivation, die die eigentliche Power des Netzwerks so richtig deutlich machten.

Gemeinsam haben wir Themen, Strategien, Kampagnenideen und Aktionen erarbeitet, mit denen wir Tibet noch besser unterstützen können. Besonders akut ist derzeit die Lage in Larung Gar. Die Zerstörung der Gebäude und die Vertreibung der Nonnen und Mönche bewegt alle, und es ist wichtig, dass wir an einem Strang ziehen. So ruft die TID gemeinsam mit Tibet-Organisationen weltweit dazu auf, am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, Aktionen, Mahnwachen und Infotische zu Larung Gar zu organisieren.



Neben Workshops und intensivem Austausch, gab es auch eindrucksvolle Reden und Ansprachen. Eine davon gleich zu Beginn. Das Grußwort des Dalai Lama. Insbesondere wird die starke politische und motivierende Rede von Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth in Erinnerung bleiben. Sehr bewegend war auch der Beitrag von Chen Guangcheng. Der Menschenrechtsaktivist rief Tibeter und Chinesen gleichermaßen dazu auf, sich gemeinsam für die Freiheit einzusetzen, und erhielt dafür viel Beifall.

→ Lesen Sie auch das Interview mit Chen Guangcheng auf S. 16

// Alicia Barreda Pérez



FREE ME!

Freiheit für Yeshe Choedron und Lhamo Kyab!

15 Jahre Haft ohne jeden Beweis. Yeshe Choedron und Lhamo Kyab sitzen seit 2008 in chinesischen Gefängnissen fest. Ohne fairen Gerichtsprozess, ohne stichhaltige Anklage, ohne Kontakt zu einem Anwalt oder ihrer Familie. Die pensionierte Ärztin Yeshe Choedron und die ehemalige Grundschullehrerin Lhamo Kyab gehören zu den mindestens 2000 politischen Gefangenen, die seit 2008 inhaftiert waren oder noch immer sind. Die Anklagepunkte sind wie so oft unklar und werden unter den Sammelbegriffen Spionage und Separatismus zusammengefasst.

Obwohl Vertreter der chinesischen Regierung im November 2015 vor dem UN-Komitee gegen Folter jedwede Existenz politischer Gefangener bestritten, haben die Mitglieder des UN-Menschenrechtsrats China Ende Oktober dieses Jahres erneut in das Gremium gewählt. Umso wichtiger, die Schicksale von Yeshe Choedron und Lhamo Kyab und all derer, die unterdrückt, gefoltert und weggesperrt werden, öffentlich zu machen.

Geben Sie ihnen eine Stimme. Setzen Sie sich jetzt für ihre sofortige Freilassung ein.

→ Unterzeichnen Sie unsere Petitionen:
www.tibet-initiative.de/free-me



Freigelassen heißt nicht frei –

Jigme Guri aus der Haft entlassen

Lange Zeit haben wir auf diese Nachricht gewartet: Jigme Guri ist aus der Haft entlassen worden. Wir alle haben aufgeatmet, denn zuletzt hörten wir, dass der tibetische Mönch im Mai ins Krankenhaus eingeliefert worden war. Große Sorge hatte sich unter den Tibet-Unterstützern breitgemacht. Nicht selten werden politische Gefangene in Haft brutal gefoltert und ohne medizinische Versorgung sich selbst überlassen. Oft erholen sie sich nie wieder davon, sterben in Haft oder kurz nach der Entlassung. So unglaublich das klingt, aber nicht einmal ihre Entlassung nach Beendigung der Haftzeit ist selbstverständlich. Meist ist es dem internationalen Druck zu verdanken, dass einzelne Schicksale überhaupt erst wahrgenommen werden. Es sind die Bilder, wie die von Jigme Guri, der im Haus seiner Mutter herzlich empfangen wird, für die es sich lohnt, zu kämpfen. Aber mit der Freilassung hört unser Einsatz nicht auf. Denn frei bedeutet nicht gleich frei. Wie Jigme Guri wird es vielen anderen entlassenen Nonnen und Mönchen verboten, in ihr Kloster zurückzukehren. Viele sind der ständigen Überwachung durch Polizisten und Behörden ausgesetzt. Darum bleiben wir dran! //

→ Lesen Sie mehr dazu im Nachrichtenteil auf S. 5

// Alicia Barreda-Pérez

Die TID beim Bundesparteitag von Bündnis90 | Die Grünen in Münster



Wir setzen Tibet auf die politische Agenda. Eine gute Gelegenheit hat sich uns beim Parteitag von Bündnis90/Die Grünen vom 11. bis 13. November 2016 in Münster geboten. Wir waren dort mit einem Infostand vertreten und haben über die Umweltproblematik, politische Gefangene und die Menschenrechtslage in Tibet informiert. Viele interessante Gespräche und Kontakte sind am Ende dabei herausgekommen. Getroffen haben wir unter anderem erstmalig Winfried Kretschmann und Anton Hofreiter, aber auch viele gute Bekannte wie Claudia Roth, Ekin Deligöz und Maria Klein-Schmeink, die unsere Arbeit für Tibet, ob auf Bundesebene oder regional, immer wieder unterstützen.

Ein rundum gelungenes Wochenende, nicht zuletzt auch wegen einer starken Münsteraner Mannschaft! Herzlichen Dank an alle ehrenamtlichen Helfer der TID-Regionalgruppe Münster. //





Tibet macht Schule

Schon ein kleines Stück Tibet kann begeistern. Kurz vor den Sommerferien haben die Schülerinnen und Schüler aus dem Pelizaeus-Gymnasium in Paderborn den „Tag der 1000 Kulturen“ ins Leben gerufen. Die Schülervvertretung hatte die Idee, den Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit zu geben, sich einmal intensiv mit fremden Ländern und Kulturen zu beschäftigen. Welche Sprache wird in anderen Ländern gesprochen, welche Religion wird dort ausgeübt und welche Traditionen werden gepflegt? Mein evangelischer Religionskurs der 10. Jahrgangsstufe hat sich Tibet ausgesucht. Wochenlang haben sich Schülerinnen und Schüler ans Werk gemacht und dabei ist Großartiges entstanden, und sie können zurecht stolz auf ihr Projekt sein. In seiner Ausstellung hat mein Kurs nicht nur das tibetische Alphabet nachgezeichnet, sondern auch tibetische Gerichte zubereitet. Lehrer, Schüler, Eltern und Bekannte konnten Momos, Tsampa und Buttertee probieren. Bücher, Bilder, tibetische Musik, Gebetsfahnen und Räucherstäbchen, vieles davon aus dem Tibet Online Shop, haben den Klassenraum in ein kleines Tibet verwandelt. Diese tolle Aktion hat allen viel Freude bereitet und dazu beigetragen, den Blick aus Klassenraum und Schule auf ein Land zu lenken, das droht, vergessen zu werden und das oftmals eben nicht auf dem Lehrplan steht. Daher braucht es immer wieder engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die Interesse haben, das Thema aufzugreifen. Ich kann nur jeder Schule empfehlen, selbst einmal einen Tag der 1000 Kulturen zu veranstalten und sich dabei auch mit Tibet zu befassen.

// Menga Kienecker, Paderborn

Mit Bußgeld Gutes für Tibet tun

Richter und Staatsanwälte verhängen bei bestimmten Vergehen oftmals Bußgelder oder sogenannte Geldauflagen statt Haftstrafen. In vielen Bundesländern können diese Bußgelder gemeinnützigen Vereinen, wie der Tibet Initiative, zugutekommen.

So gibt es bei den Oberlandesgerichten Listen aller Organisationen, die Bußgelder erhalten dürfen. Auch die TID ist auf diesen Listen registriert. Ein Richter oder Staatsanwalt kann entscheiden, dass ein Bußgeldzahler die vorgesehene Geldstrafe an die TID zahlt. Dieses Geld wird selbstverständlich nicht wie eine Spende behandelt. Der Bußgeldzahler erhält keine Spendenquittung, und die TID muss dem Gericht den Eingang der Zahlung melden. Alle Daten werden streng vertraulich behandelt. Diese Bußgelder leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Tibet-Arbeit. Wir nutzen sie, um wichtige Projekte und Kampagnen zu finanzieren.

Deshalb freuen wir uns über Ihre Hilfe: Kennen Sie Richter oder Staatsanwälte persönlich? Wenn ja, berichten Sie ihnen von unserem Einsatz für Tibet und der Möglichkeit, der TID Bußgelder zuzuweisen. Wenn Richter oder Staatsanwälte Interesse haben, der TID Bußgelder zuzuweisen, können sie gerne mit uns in Kontakt treten.

Eine andere Möglichkeit zu helfen: Wenn man selber ein Bußgeld zahlen muss, kann man die TID als Empfänger vorschlagen, so kommt das Bußgeld den Menschen in Tibet zugute. Die letzte Entscheidung darüber, wer das Bußgeld erhält, hat natürlich der Richter.

→ Bei Fragen oder Anregungen zum Thema Bußgeld wenden Sie sich bitte an:

Michaela Orizu
Tel: 030 | 42 08 15 27
kommunikation@tibet-initiative.de

„Shrinking Space“ – Chinas Politik gegen Menschenrechtsverteidiger

// von Kai Müller



Kai Müller ist Geschäftsführer der International Campaign for Tibet in Deutschland und leitet das „UN Advocacy Team“ der Organisation.

Hinter der unscheinbaren Dokumentenbezeichnung A/C.3/70/L.46 der UNO-Generalversammlung verbirgt sich etwas, das für alle diejenigen von großer Bedeutung ist, die sich für Menschenrechte insbesondere dort einsetzen, wo sie massiv gefährdet sind. Im November 2015 verabschiedete die Generalversammlung mit den Stimmen der Mehrheit der Mitgliedsstaaten die unter dieser Kurzform firmierende Resolution „Recognizing the role of human rights defenders and the need for their protection“. Die Resolution reagiert auf das, was Beobachter mit dem Begriff „Shrinking Space“ umschreiben, nämlich einen immer engeren Spielraum für zivilgesellschaftliches Engagement, was sich ganz besonders negativ auf Menschenrechtsverteidiger, Männer wie Frauen, auswirkt. Diese sehen sich zunehmend Verfolgung und Repression vor allem von Seiten autoritär agierender Regime ausgesetzt, die etwa wie China repressive Sicherheitsgesetze, oftmals unter dem Deckmantel einer „Anti-Terror-Bekämpfung“ erlassen oder schlicht leugnen, aus politischen Gründen gegen gewaltfreies bürgerschaftliches Engagement vorzugehen. Viele Menschenrechtsverteidiger müssen in der Folge um Leben, Gesundheit oder Freiheit fürchten, andere sehen sich in ihrer Rede- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt, werden eingeschüchtert oder bedroht. Die Resolution gilt gerade vor diesem Hintergrund als wichtiges Zeichen für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, da sie den Negativtrend der letzten Jahre benennt und überdies einige wichtige neue Akzente setzt. So wird die Schutzbedürftigkeit von Menschen betont, die kulturelle,

wirtschaftliche oder soziale Rechte verteidigen – man denke hier im tibetischen Zusammenhang etwa an Tibeterrinnen und Tibeter, die für den Erhalt der tibetischen Sprache eintreten. Ferner wird die Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern eingefordert. Letzteres wird insbesondere dann relevant, wenn Unternehmen Überwachungstechnologie an autoritäre Staaten liefern wollen, die dann etwa gegen Oppositionelle oder Andersdenkende eingesetzt werden könnte.

Haft und Verfolgung mussten in den letzten Jahren insbesondere auch tibetische Menschenrechtsverteidiger hinnehmen. So starb der einflussreiche und angesehene tibetische Lama Tenzin Delek Rinpoche im Juli 2015 unter ungeklärten Umständen in einem chinesischen Gefängnis, wo er seit mehr als zwölf Jahren eine lebenslange Haftstrafe verbüßte. Als Grund für seine Verurteilung nach einem offenkundig unfairen Verfahren werten Beobachter seine Aktivitäten zum Erhalt der tibetischen Kultur, die ihn über lokale Grenzen hinweg bekannt gemacht haben. Eine Untersuchung seiner Todesumstände in Haft trotz internationaler Forderungen ist bis heute unterblieben. Dass indes auch die Vereinten Nationen und ihre Gremien wie der Menschenrechtsrat Ort und Anlass dieser besonderen Art der Verfolgung sind, hat wiederum in besonders krasser Weise die chinesische Regierung deutlich gemacht. Im September 2013 wollte die chinesische Menschenrechtsanwältin Cao Shunli nach Genf zum turnusmäßigen und öffentlich stattfindenden „periodischen Länderprüfverfahren“ des UNO-Men-



Postkartenkampagne der China Human Rights Lawyers Concern Group (CHRLCG). Zahlreiche Anwälte und ihre Assistenten wurden letztes Jahr willkürlich oder heimlich festgenommen oder gelten als verschwunden.

Stelle der Universalität der Menschenrechte treten regional gefärbte Rechte, die je nach Gusto der jeweiligen Regierung mal in diese, mal in jene Richtung ausgelegt werden oder überhaupt nicht gelten könnten.

China hat sich an die Spitze derer gestellt, die den internationalen Menschenrechtsschutz aushöhlen und ein antidemokratisches und autoritäres Gesellschaftsmodell vertreten. Folgerichtig greift die chinesische Regierung gerade diejenigen an, die aus China oder Tibet kommend, mit ihrem Engagement ganz praktisch belegen, dass Menschenrechte in Asien, in China und auch in Tibet und damit universell gelten. Menschenrechtsverteidiger indes sind Garanten für eine friedliche Konfliktlösung. So anerkennt die Resolution A/C.3/70/L.46 der Generalversammlung nichts weniger als die „substantielle Rolle“ von Menschenrechtsverteidigern bei Konfliktprävention, bei der Sicherung von Frieden und Entwicklung durch Dialog, Offenheit, Partizipation und Gerechtigkeit. Die internationale Öffentlichkeit – Regierungen, Parlamente und die Zivilgesellschaft – muss sich daher gegen die Ziele autoritärer Regierungen stellen, Menschenrechtsverteidiger – und hierzu zählen viele Tibeterinnen und Tibeter – schützen, und für die Opfer der Repression Gerechtigkeit einfordern. Für Menschen wie Cao Shunli und Tenzin Delek Rinpoche. //

schenrechtsrates anreisen, dem sich auch China unterziehen muss, wobei zivilgesellschaftliche Akteure explizit dazu aufgerufen sind, ihre Einschätzung zur jeweiligen Menschenrechtssituation einzubringen. Allerdings wurde sie von den chinesischen Behörden am Flughafen in Beijing festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht. In Haft erkrankte sie und starb im März 2014 in einem Beijinger Krankenhaus, offenbar unter Vorenthaltung angemessener medizinischer Versorgung. Besonders unwürdig dabei: Eine von verschiedenen Menschenrechtsorganisationen angesetzte Schweigeminute im Menschenrechtsrat für die verstorbene Cao Shunli versuchte die Delegation Chinas im März 2014 mit Ordnungsrufen zu unterbinden.

114 Länder stimmten für die Resolution der Generalversammlung zum Schutz von Menschen wie Tenzin Delek Rinpoche und Cao Shunli, 40 enthielten sich und 14 stimmten dagegen. Unter letzteren nicht überraschend Staaten mit massiven Menschenrechtsproblemen – Russland, Saudi-Arabien, Syrien, Sudan, Nordkorea, Zimbabwe

und China – aber auch solche wie etwa Südafrika, die man auf einem anderen, besseren Weg gewährt hatte.

Dass es überhaupt zu einer Abstimmung in der Generalversammlung kommen musste, ist ungewöhnlich. Russland und China hatten entgegen dem Usus – bei vielen Menschenrechtsthemen erfolgt die Beschlussfassung ohne explizites Votum – eine öffentliche Abstimmung gefordert und zuvor massiv gegen die Verabschiedung des Textes gearbeitet. Die chinesische Delegation erklärte vor der Abstimmung, sie hätte „keine andere Wahl“ als gegen die Resolution zu stimmen, da „gewisse westliche Staaten“ den Schutz von Menschenrechtsverteidigern als Vorwand nutzten, um sich „in die inneren Angelegenheiten sich entwickelnder Staaten einzumischen und um ihre gesellschaftliche Stabilität zu zerstören.“ Das Statement wiederholt eine Formel, nach der China die UNO-Menschenrechtsinstitutionen zu einem Beratungsgremium etwa für rein technische ‚Menschenrechtshilfe‘ degradieren will. Kritische Fragen nach der jeweiligen Menschenrechtssituation in einem Mitgliedsstaat gelten als unerwünschte „Politisierung“. An die

PALDEN GYATSO

Tibetischer Mönch und ehemaliger politischer Gefangener

Palden, du setzt dich auch heute noch für die Unabhängigkeit Tibets ein. Warum hat sich deine politische Einstellung nicht geändert?

Als ich 1959 zum ersten Mal ins Gefängnis kam, war ich 28 Jahre alt. Ich war überzeugt, dass es trotz der Besetzung unseres Landes durch ein mächtiges Nachbarland ein internationales Rechtssystem gibt, und vertraue noch heute darauf, dass eines Tages Recht gesprochen wird. Heute ist China dabei, Tibet ganz nach seinem Plan umzuwandeln. Unsere Schrift und Sprache und selbst unsere Denkweise werden sinisiert. Unter solchen Umständen bleibt uns nur das Vertrauen in die Rechtsprechung. Deshalb will ich mein Möglichstes tun, um den Blick auf Tibet als eine eigenständige Nation zu stärken. Wenn ich weiterhin die Unabhängigkeit unseres Landes fordere, will ich dabei sicher nicht das alte feudalistische System wiederhergestellt sehen.

In der Welt ändert sich aber vieles.

Die Welt verändert sich und somit auch Tibet. Seine Heiligkeit Tenzin Gyatso hat die Demokratie in der tibetischen Exil-Gemeinschaft eingeführt. Unsere Administration ist auf demokratischen Prinzipien aufgebaut. Wenn Tibet seine Unabhängigkeit wiedererlangt, wollen wir einen demokratischen Staat und ein Land des Friedens haben. Dafür setze ich mich ein, und dafür kämpfe ich. Die offizielle Politik der Exil-Regierung ist die Politik des Mittleren Weges, die eine echte Autonomie für alle drei Regionen Tibets, also Kham, Amdo und Ü-Tsang, innerhalb Chinas anstrebt. Wie wir wissen, hat China das leider abgelehnt und verfolgt in Tibet nach wie vor seine unnachgiebige, harte Politik. Beijing erkaufte sich außerdem die Unterstützung vieler Staaten. Selbst in Europa lassen sich Gerichte und Parlamente von der chinesischen Regierung kaufen.

Spielst Du auf die Klage in Spanien an?

Als wir keinen Ausweg mehr sahen, haben wir Klage beim Obersten Spanischen Gerichtshof wegen Völkermordes eingereicht. Bei dem Gerichtsverfahren habe ich mich zurückgehalten und mein persönliches Leid und die Folter während meiner Haft zurückgestellt.

Worum ging es?

Bei dieser Klage ging es um zwei Punkte: China tritt die Menschenrechte in Tibet mit Füßen und versucht, die Tibeter als Volk auszulöschen. Im Vertrauen auf Recht und Gesetz und Respekt vor den Menschenrechten haben wir die spanische Gerichtsbarkeit gebeten, über diese beiden Punkte zu befinden. Das Verfahren wurde eingeleitet. Die Beschuldigten,



Foto: © Oslo Freedom Forum

Palden Gyatso wurde 1932 in Zentral-Tibet geboren. Wegen seines politischen Engagements wurde der tibetische Mönch 1959 verhaftet und musste 33 Jahre in chinesischen Gefängnissen und Arbeitslagern verbringen, wo er schwer gefoltert wurde. Nach seiner Entlassung 1992 gelang ihm die Flucht nach Dharamsala, Indien. Als ehemaliger politischer Gefangener hat er in Asien, Europa und Amerika bei Anhörungen, u.a. 1995 bei der UN in Genf, Zeugnis über die politische Lage im besetzten Tibet abgelegt. Seine Autobiografie „Fire Under The Snow“ ist 1998 auf Englisch und dann in vielen Sprachen, darunter auch auf Deutsch „Ich, Palden Gyatso, Mönch aus Tibet“ (1998) erschienen. Unter dem gleichen Titel entstand 2008 auch ein Film. Palden Gyatso hat viele Auszeichnungen erhalten, darunter die Ehrendoktorwürde der State University of New York, 2000. Heute lebt er im Kirti-Kloster in Dharamsala.

Jiang Zemin und vier weitere Politiker, erschienen nicht zur Verhandlung. Letztlich hat das Gericht Interpol angewiesen, die Beschuldigten zur Fahndung auszuschreiben. Die Wirtschaftsinteressen Spaniens haben letztlich dazu geführt, dass die Verhandlungen im Sande verlaufen sind. Das ist ungeheuerlich, ein Rechtsbruch sondergleichen.

Welche Botschaft hast Du an die jungen Tibeter?

Mein Appell an die junge Generation ist, dass sie nicht vergessen darf, dass Tibet ein unabhängiger Staat war. Ich bin zuversichtlich, dass sie unser Anliegen fortführen wird. Die jungen Menschen sind oft sehr gebildet, und das gibt mir Hoffnung. Ich vertraue darauf, dass sie ihr Wissen zum Schutze der Menschenrechte einsetzen.

// Auszug aus einem Interview von Tsewang Norbu

ཁོ་ལྷན་གྱི་གདན་ས་གསུམ་ལ། དུག་སྐྱུལ་གྱི་ཁ་རྒྱུང་སྐྱོད་སྐྱོད་ལ། རྒྱུ་ལྡན་གྱི་དུག་མཚོ་འདི་ཡིས། གཞུང་ལུགས་ལ་བརྩོན་དབང་མི་འདུག།

མཚོག་གསུམ་ལགས། མགོན་ལྷན་གནང་རྟོགས།
མཚོག་གསུམ་ལགས། ལྷུ་དུ་ཕེབས་ཤོག།

རྒྱུང་གསུམ་གྱི་ཉི་མའི་དགེལ་འཁོར།
བརྩོན་ཁང་གི་སྐྱེའུ་ལྷུང་ནང་ལ།
རྒྱུ་འདྲེན་གྱི་གོ་སྐབས་སྤྲ་བས།
རྒྱུ་གདུང་གི་སྐྱུ་པ་སྐྱེབས་སོང་།

ཉི་མ་ལགས། ལྷུ་དུ་ཕེབས་ཤོག།
ཉི་མ་ལགས། ལྷུ་གཙོ་མི་འདུག།

རྒྱུ་བསགས་གྱི་ལས་དབང་ཞིག་གིས།
གཞོན་ནུ་དུ་རྒྱུ་དབང་ལ་ཤོར་སོང་།
དབུས་གཙང་གི་གདན་ས་གསུམ་ལ།
འགོ་འདུག་གི་རང་དབང་མི་འདུག།

ལས་དབང་ལགས།
བསོད་ནམས་སྐྱེལ་རྟོགས།
རྒྱུ་གསུམ་གྱི་གནས་ལུགས་དོམ་ནས།
འགོ་འདུག་གི་རང་དབང་དེར་སྐྱུག་ཡོད།

ལས་དབང་ལགས།
བསོད་ནམས་སྐྱེལ་རྟོགས།
རྒྱུ་གསུམ་གྱི་གནས་ལུགས་དོམ་ནས།
འགོ་འདུག་གི་རང་དབང་དེར་སྐྱུག་ཡོད།

// Ein Mönch des Drepung-Klosters (Lhasa) hat im Mai 2008 während seiner Haft in Gormo (Amdo) in der heutigen chinesischen Provinz Qinghai dieses Gedicht nach dem dort sehr populären Volkslied im Shertan-Stil geschrieben. Diese Lyrik verwendet die gängige Metapher für den Dalai Lama als die drei Juwelen und die Sonne.

Gedicht aus einem Gefängnis Tibets

Die drei Lehrstätten Sera, Drepung und Ganden
wurden durch den Hauch giftiger Schlangen getroffen.
Das Meer widriger Umstände lässt nicht zu,
sich dem Studium der Schriften zu widmen.

O Drei Juwelen! Führet und beschützt uns!
O Drei Juwelen! Kommet schnellstmöglich!

Weil die Chance sehr klein ist,
den Sonnenkreis des dreitausendfachen Universums
durch das Fenster der Gefängniszelle zu erhaschen,
breitet sich die Finsternis der Trauer und Sehnsucht aus.

O Sonne! Komm schnellstmöglich!
O Sonne! Wir können nicht länger warten!

Aufgrund des Karmas meiner vergangenen Leben
ist meine Jugend einem solchen Schicksal ausgeliefert.
In den drei Lehrstätten der Region Ü-Tsang
gibt es nicht die Freiheit der Bewegung.

O die Kraft des Karmas!
Helft uns, das Glück zu erlangen!
Gestützt auf die bekannte Lage der Dinge,
warten wir auf die Freiheit der Bewegung.

// Quelle: <http://www.khabdha.org/?p=1527>

// Aus dem Tibetischen übersetzt von Tsewang Norbu

MUSTANG

Das verborgene Königreich erwacht

Am 28. Mai 2008 wurde die Demokratische Republik Nepal ausgerufen und somit die Monarchie als Regierungsform abgeschafft. Mit dieser Entscheidung ging gleichzeitig die Auflösung des Königreichs Mustang einher, das bis dato einen eher repräsentativen Charakter hatte und kein eigenständiger Staat im Staate mehr war. Schon lange wollte ich in dieses abgeschiedene Land reisen, ursprüngliche tibetische Kultur erleben. Im Sommer 2016 war es soweit.

Mustang liegt nördlich des Annapurna-Massivs und grenzt an Tibet. Der landschaftsprägende Fluss Kali Gandaki, der das klimatisch trockene Land teilt, war einst die Haupthandelsroute zwischen Indien und Tibet, vor allem für Salz. Durch seine isolierte Lage spielte es politisch eine marginale Rolle,

mit Ausnahme der 60er- und 70er Jahre, als tibetische Widerstandskämpfer sich nach Mustang zurückzogen, um von dort aus ihre Befreiungskämpfe gegen die chinesische Volksbefreiungsarmee zu starten. Mehrere Tausend Khampas wurden von der CIA unterstützt und in den USA ausgebildet. Bei einem der Angriffe fielen den Tibetern chinesische Dokumente in die Hände, die belegten, dass Mao mit seinem „Großen Sprung nach vorn“ versagt hatte. Doch mit der Zeit wurde die chinesische Grenze besser abgesichert, die Amerikaner verloren das Interesse an Tibet, und das Militärlager wurde aufgelöst. Mustang trat wieder in den Schatten der Weltgeschichte. Das änderte sich in den 90er Jahren. Mustang, das zu den ältesten und größten Schutzgebieten Nepals gehört, wurde





[1] Das verborgene Königreich – Mustangs wunderschöne Landschaft.
 [2] Um das Land weiter für den Tourismus zu öffnen, sollen Straßen ausgebaut werden. [3] Mustang zu Fuß erkunden. Ein Muss für Trekking-Fans. [4] Jigme S.P. Bista, der Sohn des letzten Königs von Mustang, mit Wolfgang Grader.

peu à peu für den Tourismus geöffnet. In Mustang findet man nicht nur eine fantastische Landschaft, sondern eine noch intakte tibetisch-buddhistische Welt. Die Trekkinggebühren sind hoch, die Infrastruktur ist einfach, und seit 2009 gibt es eine Straßenverbindung für Geländewagen zwischen dem Flugplatz Jomosom, der Teil des Annapurna-Trecks ist, und Lo Manthang, der Landeshauptstadt.

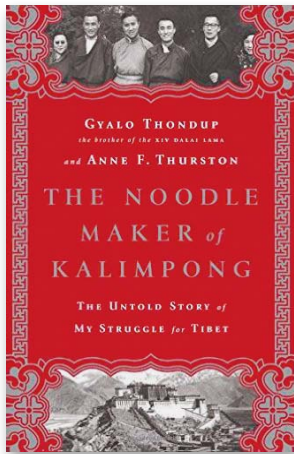
Jedoch verändern sich jetzt die Lebensbedingungen der Menschen. Tourismus wird immer mehr zur Existenzgrundlage. Ginge es nach Jigme S. P. Bista, dem Sohn des letzten Königs von Mustang, der nach wie vor eine Autorität ist, dann muss die wirtschaftliche Entwicklung massiv gefördert und die Straße mit chinesischer Hilfe ausgebaut und befestigt werden. Er erwähnte mir gegenüber, dass Mustang nur wenige Stunden vom heiligen Berg Kailash entfernt sei, eine gute Anlaufstelle für Touristen und gut für seine Landsleute. Ich sehe das nicht so. Mustang wäre dann nur noch ein Sprungbrett nach Tibet. Die Touristenströme würden an den vielen kleinen Orten vorbeiziehen. Dies bekamen schon die vielen nepalischen Familienbetriebe zu spüren, als die Straße beim beliebten Annapurnatrek ausgebaut worden war. Schon die Auseinandersetzung um die wertvollen Kulturgüter zeigt die Spannung, wie sich Mustang weiter entwickeln soll. Dies bekam die UNESCO zu spüren, als die Bevölkerung mehrmals ablehnte, dass Lo Manthang mit seinen Klöstern als Weltkulturerbe ausgerufen werden soll. Dann wären die Bewohner Statisten in einem Museum und könnten, wie der italienische



Restaurator Luigi Fieni befürchtet, ihre Klöster nicht so restaurieren, wie sie es traditionell für richtig erachten. Dass mehr UNESCO zum Beispiel dem Königspalast guttun würde, zeigen die architektonisch missratenen Restaurierungsbestrebungen nach dem Erdbeben von 2015.

Mustang steht am Scheideweg – zwischen Moderne und Tradition – zwischen Ökonomie und Ökologie – zwischen Sehnsucht nach Altem und dem Tatendrang nach Veränderung. Gerade jetzt Mustang zu Fuß zu erkunden, kann ich nur empfehlen, vorausgesetzt, man bringt Ausdauer und Freude am Trekking mit.

// Wolfgang Grader



Anne F. Thurston
& Gyalo Thondup
**The Noodle Maker
of Kalimpong**
The Untold Story of
My Struggle for Tibet

Random House,
Gurgaon, India, 2015,
355 Seiten,
25,30 Euro

Wer kennt es nicht, das berühmte Zitat von Deng Xiaoping zu Tibet: „Wir können über alles reden, nur nicht über Unabhängigkeit“. Quelle des Zitats ist der zweitälteste Bruder des Dalai Lama, Gyalo Thondup, eine illustre und umstrittene Persönlichkeit. Er war der informelle Chefdiplomat, der nicht nur mit Deng, sondern auch Zhou Enlai, Chiang Kai-shek, Jawaharlal Nehru und anderen Staatslenkern zusammengetroffen ist. Gleichzeitig begegnen ihm viele Tibeter mit tiefem Misstrauen. Die Anerkennung des jüngeren Bruders als 14. Dalai Lama änderte das Leben der Familie aus Amdo grundlegend. An dem Leben in Lhasa hatte Gyalo Thondup jedoch wenig Anteil. Er wurde zum Studium nach China geschickt, damals noch unter der Herrschaft der Kuomintang. Aus der Zeit resultieren seine engen Beziehungen zu den Nationalchinesen, einschließlich einer Ehe.

Als sich Mitte der fünfziger Jahre in Kham der militärische Widerstand gegen die chinesische Besetzung formierte und die CIA die tibetische Guerillabewegung unterstützte, wurde Gyalo Thondup zur Schlüsselfigur. Später ließ er sich in Kalimpong nieder, wo er eine Nudelfabrik gründete. Rückblickend zieht er ein bemerkenswertes Resümee: „Ich bedauere nur eines in meinem Leben, meine Einbindung in die CIA.“ Heute spricht er den USA jede positive Motivation ab. Allerdings ist das nicht die einzige vernichtende Kritik des Autors. An der letzten tibetischen Regierung lässt er kein gutes Haar („absolut inkompetent“, „ich schämte mich für meine Regierung“), der 10. Panchen Lama, der zehn Jahre in chinesischer Isolationshaft verbracht hat, wird ebenfalls von oben herab zurechtgewiesen. Aus diesem Grund haben viele Tibeter sehr negativ auf das Buch reagiert. „Sein Ehrgeiz besteht darin zu beweisen, dass alle außer ihm Unrecht haben“, schrieb Jigmie Dorji Yuthok, ein Adeliger, dessen Vater ein wichtiger Repräsentant der alten Ordnung war.

// Klemens Ludwig



Chen Guangcheng
**Der barfüßige
Anwalt**

Ein Bericht aus dem
Gefängnis China

Rowohlt Verlag, 2015,
416 Seiten, 19,95 Euro

Am Anfang ist diese unglaubliche Flucht. Um Mauern zu überwinden, trägt Chen Guangcheng von Hand Steine ab und klettert über Dächer. Er umgeht Kameras und kläffende Wachhunde, robbt über eine streng bewachte Dorfstraße und bricht sich ein Bein. Der chinesische Menschenrechtsaktivist ist blind. Wie durch ein Wunder entkommt er einer Unzahl von Polizisten und angeheuertem Schlägern, die ihn und seine Familie Tag und Nacht bewachen, gängeln und schikanieren. Chen Guangcheng flieht im Jahr 2012 aus dem Hausarrest, schafft es bis in die amerikanische Botschaft und erwirkt schließlich seine Ausreise in die USA. In seiner Autobiographie geht er zurück und beschreibt eine Kindheit auf dem Land, die von Mangel an Nahrung und Bildung bestimmt war. Anfang der 70er Jahre wurde er als fünfter Sohn von bitterarmen Bauern geboren. Kaum ein Jahr alt, erkrankt er, und weil es keinen Zugang zu medizinischer Hilfe gibt, wird er blind. Für ein behindertes Kind ist der Schulbesuch nicht vorgesehen. Erst mit 17 lernt er lesen und schreiben und studiert im Anschluss traditionelle Medizin. Um sich für die Rechte von behinderten Menschen einzusetzen, bildet er sich juristisch weiter. Er erzielt erste Erfolge und wird als „barfüßiger“, soll heißen nicht studierter Anwalt bekannt. Als er sich gegen die brutalen Methoden zur Durchsetzung der Ein-Kind-Politik stark macht, wird er verfolgt, verprügelt, mehrere Jahre inhaftiert und schließlich unter Hausarrest gestellt. Die Lebensgeschichte des chinesischen Menschenrechtsaktivisten zieht ihre Leser in den Bann. In einfacher Sprache geschrieben, gibt sie einen wichtigen und unbekanntem Einblick in das Leben eines aus einfachen Verhältnissen stammenden chinesischen Dissidenten. Das Buch ist lesenswert und spannend. Wenn auch zuweilen Chens Anklage gegenüber der Kommunistischen Partei Chinas etwas plakativ erscheint. Denn seine Geschichte ist Zeugnis genug für die Ungeheuerlichkeit der staatlichen Übermacht. Für all diejenigen, die sich für politische Gefangene in China einsetzen, hat Chen Guangcheng eine wichtige Botschaft: Ohne die zahlreichen Unterschriften und die weltweite Aufmerksamkeit wäre er nicht entkommen.

// Sonja Finkbeiner



Jutta Mattausch **Ladakh & Zanskar** Handbuch für individuelles Entdecken

Reise Know-How Verlag
Bielefeld, 9. Auflage, 2017
515 Seiten, broschiert
23,90 Euro

In diesem komplett überarbeiteten und aktualisierten Reiseführer finden vor allem Individualreisende alles Wissenswerte für die Planung und Durchführung ihrer Reise in diese Himalayaregion im Norden Indiens. Besonders zu erwähnen ist, dass auch ein Kapitel über Dharamsala eingefügt ist. Erfahrungsgemäß planen viele Reisende ihre Anreise über Indien und legen einen Zwischenstopp in Dharamsala, dem Exil des Dalai Lama und mehrerer Tausend Tibeter, ein. Besonders

zu erwähnen sind auch die vielen, sehr guten Erklärungen zum tibetischen Buddhismus, der in Ladakh und Zanskar – im Gegensatz zum heutigen Tibet – den Alltag der Menschen bestimmt. Bei Reisen in die Himalayaregion ist natürlich immer mit Unvorhersehbarem zu rechnen, besonders was Straßenverhältnisse angeht, die sich nach einem heftigen Regen, nach Erdbeben oder auch Erdbeben von heute auf morgen ändern können. Dieser Reiseführer ist, auch ohne dass vielleicht eine Reise geplant ist, eine sehr lebendige, informative und spannende Beschreibung der Himalayaregion mit sehr vielen Hintergrundinformationen und schönen Farbbildern. Die ganz persönliche Verbindung der Autorin mit Land und Menschen ist zu spüren.

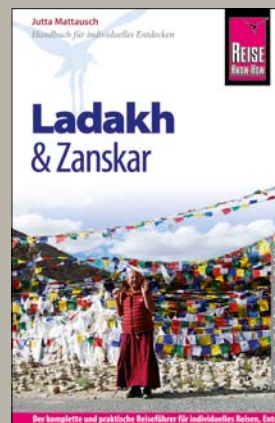
// Iris Fricke

→ Das Buch ist in unserem
Webshop erhältlich.

Bestellung unter:
www.tibet-online-shop.de



**Ladakh & Zanskar haben eine
einzigartige Kultur zu bieten.
Entdecke sie!**



Der aktuelle Reiseführer 2017

- Beantwortung aller praktischen Reisefragen
- Hintergrundwissen zu Natur, Geschichte und Buddhismus
- Sorgfältige Beschreibung sehenswerter Orte und Klöster
- Unterkunftsempfehlungen von Hotel bis Guest Houses
- Fundierte Trekkinghinweise für den Himalaya-Staat
- Kulinarische Tipps für die ladakhische und indische Küche

516 Seiten | 35 Stadtpläne und Karten | Sprachhilfe Ladakhi

Euro 23,90 [D]

Weitere Titel für die Himalaya-Region finden Sie unter
www.reise-know-how.de

LESERBRIEF

„Eine Qualitätszeitschrift über Tibet im Briefkasten“

Als Tibet-Aktivist freue ich mich immer auf die neue Ausgabe von Brennpunkt Tibet, obwohl mich das Lesen als Belgier einige Mühe kostet – ich hätte in der Schule besser aufpassen sollen. Aber das ist ja genau das, was die Sache Tibet braucht: echte Anstrengung. Nicht nur von den Tibetern und Aktivisten, sondern auch von Politikern, Akademikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Brennpunkt Tibet spiegelt diese Unterstützung gut wieder. Es ist beruhigend, dass es in Deutschland starke Stimmen für den Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit in Tibet gibt.

Über die Jahre hinweg entwickelte sich das Magazin, ohne an Inhalt oder Qualität zu verlieren. Von Interviews und Analysen mit und von Spezialisten wie Gabriel Lafitte oder Michael van Walt van Praag bis hin zu den Geschichten bekannter Tibet-Aktivistinnen wie Werner Fischer und Migmar Raith. Natürlich kann man mir vorwerfen, voreingenommen zu sein, wenn man meine eigene langjährige Unterstützung in Betracht zieht.

Meine Anerkennung gilt auch dem unermüdlichen Streben der Herausgeber, Tibet in den großen Kontext zu stellen. Besonders chinesische Stimmen sind dafür immens wichtig. Experten wie Tienchi Martin-Liao, Shi Ming, Dr. Wang Dan, Bei Ling und viele andere zeigen, dass das tibetische Volk nicht allein ist in seinem friedvollen Kampf um grundlegende Menschenrechte. Um es mit Seiner Heiligkeit zu sagen – wir sind alle miteinander verbunden – und das trifft besonders auf Tibet und China zu. Artikel über Medien und Buddhismus in China tragen zu einem besseren Verständnis des Konflikts bei, der all zu oft vernachlässigt wird – in internationalen Medien und Gesellschaft.

In diesem hektischen und digitalen Zeitalter ist es besonders wohlthuend, eine Qualitätszeitschrift über Tibet im Briefkasten zu finden. Ich möchte mich beim gesamten Team des Brennpunkt Tibet und der Tibet Initiative Deutschland für ihre harte Arbeit bedanken. Bleibt so! SAMEN STERK VOOR TIBET, wie wir in Belgien sagen.

Herzliche Grüße,
Han Vandenabeele, Tibet-Aktivist, Gent, Belgien

// Übersetzung aus dem Englischen: Kerstin Fricke

ZARAH STELLT SICH VOR

Neue studentische Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle

Ab sofort unterstütze ich die Geschäftsstelle als studentische Mitarbeiterin. Ich bin Zarah, 21 Jahre alt und komme aus Berlin. Mein persönlicher Bezug zu Tibet kommt daher, dass meine Familie, als ich ein Kind war, ein tibetisches Patenkind in meinem Alter hatte. Dass das Leben dieses tibetischen Mädchens so ganz anders verläuft als meins, hat mich schon damals beschäftigt. Ich bin seit einigen Jahren für Tibet aktiv, erst in der Tibet Jugend nun in der TID-Aktionsgruppe, und hatte das große Glück, auch schon mal nach Dharamsala zu fahren. Jetzt freue ich mich sehr auf viele neue Erfahrungen und Begegnungen mit euch!

// Zarah Heinecke

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Tibet Initiative Deutschland e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin | Germany
TELEFON: +49 30 | 42 08 15 21
FAX: +49 30 | 42 08 15 22
office@tibet-initiative.de | www.tibet-initiative.de
www.facebook.com/tibetinitiative

BANKVERBINDUNG

Bank für Sozialwirtschaft | IBAN: DE96 1002 0500 0003 2423 03
BIC-Code: BFSWDE33BER

ANZEIGEN

Michaela Orizu, TEL: +49 30 | 42 08 15 27 | anzeigen@tibet-initiative.de

ABO

Für Mitglieder der Tibet Initiative Deutschland e.V. ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Einzelverkaufspreis: 4 EUR, Jahresabonnement: 16 EUR (inkl. Versand), freiwilliger Förderbetrag: 24 EUR
abo@tibet-initiative.de

REDAKTION

Klemens Ludwig und Nadine Baumann (verantwortlich), Alicia Barreda Pérez, Iris Fricke, Wolfgang Grader, Tsewang Norbu
Kontakt: redaktion@tibet-initiative.de
BILDREDAKTION: Nadine Baumann, Alicia Barreda Pérez

GESTALTUNGSKONZEPT

Ann Katrin Siedenburg | www.katigraphie.de
LAYOUT, SATZ & BILDBEARBEITUNG: A. K. Siedenburg & Annika Möller

DRUCK

Oktoberdruck AG, gedruckt auf FSC-Papier (100 % Recycling)

FOTOS & ABBILDUNGEN

Titel: www.dieter-glogowski.de; S. 2/3: Anja Van Opendenbosch, privat; S. 4: Free Tibet, Karte ITN/Bearbeitung A.K. Siedenburg; S. 5: Twitter/dreamlhasa, TCHRD; S. 6 Matthias Hoch; S. 7: European Union 2016 – Source: EP, Tibet Justice Center; S. 8: www.dieter-glogowski.de; S.9: Marc oh!/Flickr CC 2.0; S. 10: Erik Törner; S. 11: Zuhörer von Radio Free Asia, CTA/tibet.net; S. 12: Remko Tanis/Flickr CC 2.0, Iris Lehmann; S. 13: U. Kujawski; S. 14: Matthias Hoch; S. 15: Tsering Tsomo; S. 17: Olivier Adam; S. 19: J. Schwalfenberg; S. 20: Iris Lehmann, Michael Brand, Lobsang Wangyal; S. 21: ITN, Twitter/dreamlhasa; S. 22: TID/Josef Kerklaui; S. 23: Menga Kienecker; S. 24, ICT; S. 25: CHRLCG; S. 26: Oslo Freedom Forum, S. 28/29: Wolfgang Grader. Soweit hier nicht anders angegeben TID.

ERSCHEINUNGSWEISE

Vierteljährlich (Feb., Mai, Aug., Nov.); Auflage: 3.300;
ISSN: 1865-3456; Redaktionsschluss Nr. 1 | 2017: 5.1.2017

MEDIADATEN

Das Urheberrecht an allen Beiträgen liegt bei der Tibet Initiative Deutschland oder bei den Autoren. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos können wir leider keine Haftung übernehmen.

Die Tibet Initiative Deutschland (TID) setzt sich seit ihrer Gründung 1989 für das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes sowie die Wahrung der Menschenrechte in Tibet ein. Mit bundesweit 60 ehrenamtlichen Regionalgruppen / Kontaktstellen und rund 2.000 Mitgliedern gibt sie Tibet eine starke Stimme.

BAMBERG

17.1., ab 19 Uhr

Tibet – Mythos und Wirklichkeit

Vortrag von Wolfgang Grader
Pfarrei St. Urban
Babenbergerring 26a

BONN-BEUEL

17.12., 19 Uhr

Eine Reise zum Kailash, dem Berg der Götter

Multivisionsvortrag von Minka Hauschild
Pfarramt St. Josef
An St. Josef 19 a

ESSEN

3.3., 19 Uhr

Tibet, der „Dritte Pol“ schmilzt – Gefahr für das globale ökologische Gleichgewicht

Bildvortrag von Klemens Ludwig
Volkshochschule
Burgplatz 1

GÖTTINGEN

14./15.1., ab 11 Uhr

Infostand auf dem Fernwehfestival

Universität Göttingen
Zentrales Hörsaalgebäude
Platz der Göttinger Sieben 5

HAMBURG

4.12., 11 Uhr

Auch, wenn ich nicht mehr bin. Der Tod der Lehrerin Bian Zhongyun am Beginn der Kulturrevolution

Filmvorführung und Matinee von Hu Jie
Abaton-Kino
Allende-Platz 3

10.12., 19 Uhr

Schandhut – Ausstellung der Fotografien von Tsering Dorjee aus der Kulturrevolution in Tibet

Finissage
Rathauspassage
Unter dem Rathausmarkt

HILDESHEIM

10.12., 9.30–12 Uhr

Mahnwache zum Tag der Menschenrechte
Neustädter Markt



HEIDELBERG

10.12., 15–18 Uhr

TID-Mahnwache und Infostand

Providenzkirche
Heidelberger Hauptstraße



MÜNSTER

10.12., 15–16 Uhr

Mahnwache und Demonstration für die Menschenrechte und gegen die Zerstörung von Larung Gar

Gehmeditation beginnend an der Lambertikirche, Prinzipalmarkt



NÜRNBERG

13.12., 19.30 Uhr

Feier zum 20-jährigen Bestehen der TID-Kontaktstelle Nürnberg

Südpunkt Nürnberg
Pillenreuther Straße 147

REGENSBURG

7.3., 19 Uhr

Mythos Tibet: Westliches Wunschdenken und politische Realität

Bildvortrag von Wolfgang Grader
Evangelisches Bildungswerk
Ölberg 1

12.3., 11 Uhr

„Om Mani Padme Hum“ – ein Mantra geht um die Welt

Dokumentarfilm
Reginakino
Holzgartenstraße 22

TÜBINGEN

31.1., 20–21 Uhr

Warum sind Tibets Nomaden in Not?

Vortrag von Andreas Printz
Volkshochschule Tübingen
Katharinenstraße 18

ULM

12.12., ab 18.30 Uhr

Friedensgebet und inhaltlicher Beitrag zum Thema Umgang mit den Ressourcen/Krieg um Wasser

Haus der Begegnung
Grüner Hof 7

2.2.

Sendezeit 18–19 Uhr

**FreeFM Weltfunk
Sendung zum Thema Losar – Tibetisches Neujahrsfest**
www.freefm.de

WENZENBACH-FUSSENBERG

12.2., 19 Uhr

Bhutan, Land des Bruttosozialglücks

Bildvortrag von Ulrike Staritz
Gasthof Gambachtal
Weihermühlweg 16

Weitere Termine:
www.tibet-initiative.de/termine



SAVE THE DATE

SAMSTAG, 20. MAI 2017

10.30–17 Uhr

TID-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 BERLIN





ZWEI NEUE PHILOSOPHISCHE STUDIENPROGRAMME

unter der Leitung des tibetischen Gelehrten Shenphen Rinpoche beginnen im Mai und September 2017.

❖ LORIG – EINE LANDKARTE DES GEISTES

Einjähriges Studienprogramm zu den Grundlagen buddhistischer Psychologie mit ergänzenden Meditationen

Der Geist ist nach buddhistischer Auffassung die Wurzel all unserer Erfahrungen, er ist Innenwelt und Schlüssel zur Außenwelt zugleich. Lorig (tib. blo-rig, Geist und Erkenntnis) ist die buddhistische Darlegung des Geistes mit all seinen Facetten und Funktionen.

Das Programm bietet einen Leitfaden, den eigenen Geist und seine Funktionsweise gründlich kennenzulernen.

Beginn 20. | 21. Mai 2017

LEITUNG:

Der ehrw. Shenphen Rinpoche, Jahrgang 1975, Geshe Lharampa, ab 2017 der philosophische Lehrer des Tibethauses, leitet die Programme. Erfahrene Dharma-Tutoren mit naturwissenschaftlichem bzw. psychologischem Hintergrund stellen die Brücke zum westlichen Denken her und leiten Meditationen an.

AUCH ALS FERNSTUDIUM MÖGLICH



❖ STUFEN DER INNEREN ENTWICKLUNG

Dreijähriges Grundlagenstudium des tibetischen Buddhismus mit begleitender Schulung in Meditation

Im Lamrim, dem sogenannten Stufenweg, werden die verschiedenen Themen des Buddhismus aufeinander aufbauend dargestellt. Er nicht als bloße Theorie zu verstehen, sondern kann als Praxisanleitung für unser Leben aufgefasst werden. Innerlich zur Ruhe zu kommen und einen stabilen Geist zu entwickeln sind notwendig, um die Themen auf einer tieferen Ebene zur eigenen Erfahrung werden zu lassen.

Beginn 2. | 3. September 2017

6–7 Wochenenden pro Jahr (jährliche Buchung möglich)

ANMELDUNG:

info@tibethaus.com | 069 / 71 91– 35 95

Weitere Informationen (auch zu den Info-Abenden) unter:
www.buddhismus-begreifen.de

TIBETHAUS DEUTSCHLAND e.V. | Frankfurt am Main

info@tibethaus.com | www.tibethaus.com

Das tibetische Kulturinstitut steht unter der Schirmherrschaft von S. H. dem XIV. Dalai Lama und der spirituellen Leitung von S. E. Dagyab Rinpoche und S. E. Zong Rinpoche.